

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 J.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 22. Juli 1899.

Inserate die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 J  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Wie die Schwarzwälder Uhrenarbeiter leben. — Graf Posadowsky und das Streikpostenstehen in England. — Gegen die Zuchttausbildung. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Abrechnung der Hauptkasse pro Juni 1899. — Technisches. — Rundschau. — Literarisches.

## Zur Beachtung.

### Zuzug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Schwabach Str.;
- von Bauhilffern nach Heidelberg;
- von Drehern nach Dülken in Rhld. (Zonmar), nach Reichenbach im Bgl. (F. C. Braun);
- von Drehern, Hoblern und Schloßern nach Crimmitschau, nach Döhlen (Sächs. Gußstahlfabrik);
- von Feingoldschlägern nach München, nach Nürnberg und Schwabach Str.;
- von Flaschnern (Klempnern) nach Kiel S., nach Lübeck S., nach Stuttgart Str.;
- von Formern und Gießereiarbeitern nach Alt- und Reigersdorf (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele u. Lindner), nach Dülken Str., nach Gera Str., nach Lauchhammer, Präsen-Gröblich, Burghammer und Riesa W., nach Leipzig und sämtl. Vororten Str., nach Luda R., nach Markranstädt, nach Nürnberg (Schudert), nach Rognitz i. S. (Sternkopf & Kluge) D., nach Stuttgart, nach Torgelow Str., nach Zuffenhausen (G. Kühn) Str.;
- von Temperformern nach Siesfeld (W. Kramer) D.;
- von Metallarbeitern nach Gelsenkirchen-Schalks W., nach Leipzig-Judenau (Jäger u. Ko.) Str., nach Ragnitz (Alt-Gej. vorm. Herbrand) S.;
- von Monteuren nach München (E. Vubek);
- von Schloßbauern nach Großsch;
- von Schmieden nach Nürnberg Str.;
- von Silberschlägern nach Fürth und Schwabach Str.;
- von Stemmern nach Fleusburg (Schiffsbauerei) Str.;
- von Zingießern nach Nürnberg.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Wohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; H.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

## Wie die Schwarzwälder Uhrenarbeiter leben.

In den Nr. 21 und 22 ds. Bl. sind nach der werthvollen Broschüre über die Lage der Uhrenarbeiter, die unser Verbandsvorstand herausgegeben hat, die Arbeits-, Lohn- und Wohnungsverhältnisse der Uhrenarbeiter im Schwarzwald auf Grund des darüber vorliegenden Materials näher beleuchtet worden. Nachstehend wollen wir zeigen, wie sie leben.

Die Broschüre enthält aus Furtwangen, St. Georgen, Triberg und Willingen nebst einer Reihe von Haushaltungsbudgets auch Angaben über die Preise der wichtigsten Lebensmittel, letztere auch aus Mühlheim a. D. und Schramberg. Nach diesen im März 1898 gemachten Preis-Feststellungen kosteten:

	Furtwangen	St. Georgen	Schramberg
Halbweißbrod 4 Pfund	0,62	0,58	0,60
Schwarzbrod 4	0,58	0,46	0,56
Mehl 1 "	0,25	0,21	0,22
Zucker, ganz 1 "	0,31	0,30	0,34
Würfel 1 "	0,35	—	—
Butter 1 "	1,08	0,98	1,00
Eier, per Stück 1 "	0,08	0,07	0,07
Schmalz 1 "	0,70	0,75	0,70
Rindfleisch 1 "	0,65	—	0,60
Kalb- 1 "	0,75	0,75	0,70
Schweinefleisch 1 "	0,75	0,75	0,70

Aus Furtwangen sind für einige Artikel auch Minimalpreise angegeben, so für Zucker, Butter, Eier und Fleisch; wir haben deren Anführung unterlassen, weil es sich hierbei auch nur um geringere Qualitäten handelt. Ein Vergleich der vorstehend aus Furtwangen, St. Georgen und Schramberg angeführten Lebensmittelpreise zeigt theilweise ganz erhebliche Differenzen, so namentlich bezüglich des Brodes, des Mehles, der Butter und des Fleisches. Der Preis für 4 Pfund Halbweißbrod schwankt zwischen 58, 60 und 62 Pfg.; für 4 Pfund Schwarzbrod zwischen 46, 56 und 58 Pfg., eine Höchstdifferenz von nicht weniger als 12 Pfg. oder 3 Pfg. pro Pfund; für 1 Pfund Butter zwischen 98, 100 und 108 Pfg., Höchstdifferenz 10 Pfg. Der Preis für das Pfund Fleisch differirt um 5 Pfg. Ob diesen erheblichen Preisdifferenzen etwa entsprechende Qualitätsunterschiede zu Grunde liegen, ist aus der vorliegenden Broschüre natürlich nicht ersichtlich, denn eine solche Feststellung kann unter Umständen eine recht schwierige Sache sein. Wir sind aber geneigt, Qualitätsunterschiede überhaupt nicht gelten zu lassen, da es sich hier um dieselbe Gegend und daher auch um dieselben Lebens- und Geschäftsgewohnheiten handelt. Die erheblichen Preisdifferenzen lassen sich daher wohl nur dadurch erklären, daß nicht an allen Orten die gleichscharfe Konkurrenz der Geschäftsleute untereinander besteht und da, wo sie weniger scharf ist, die Händler und Krämer einen größeren Profit durch höhere Preise einsacken, als dieselben Geschäftsleute an anderen Orten.

Für diese Annahme scheint uns auch der Umstand zu sprechen, daß in Stuttgart, der größten Stadt des Landes, die Preise für die Lebensmittel nicht höher, sondern gleich hoch oder niedriger sind. So kosteten nach dem Berichte des Fabrikinspektors Ende Oktober 1898 in Stuttgart: 1 Pfund Mehl 21 Pfg., das Pfund Fleisch 60—75 Pfg., 4 Pfund Brod 48 bis 60 Pfg. Man vergleiche damit die Preise aus den drei Schwarzwaldgemeinden und man wird finden, daß da die zum großen Theil ungenügend entlohnnten Uhrenarbeiter alles so theuer oder erheblich theurer bezahlen müssen, als die Bewohner der Hauptstadt. Dabei sind aber in den großen Städten und Industriezentren die Arbeitslöhne regelmäßig etwas höher als in den kleineren und mehr abgelegenen Orten und dabei darf man ferner annehmen, daß die Stuttgarter Preise im März zu den Preisen der drei Schwarzwaldorte ungefähr oder genau in demselben Verhältnisse standen, wie wir es bei der Gegenüberstellung der oben angeführten Preise kennen lernten.

Die Gleichartigkeit der Lebensmittelpreise in den Städten und Landorten wird auch von den württembergischen Fabrikinspektoren in ihren Berichten für 1897 betont. So sagt der Stuttgarter Aufsichtsbeamte, Herr Berner: „Die Lebensmittelpreise haben in verkehrsreichen und industriellen Gegenden fast überall die gleiche Höhe und es ist eine irrige Ansicht, anzunehmen, daß die Arbeiter auf dem Lande billiger leben können, als in der Stadt; im Gegentheil ist für diejenigen, welche alle Lebensmittel kaufen müssen, die Beschaffung derselben auf dem Lande oft schwieriger, jedenfalls die Auswahl kleiner als in der Stadt.“ Und das Gleiche sagt der Aufsichtsbeamte des 3. Bezirkes, Herr Hardegg. Man kann demnach auch die Lebensart würdigen, mit der in den kleineren Städten und auf dem Lande die niedrigeren Arbeitslöhne vertheiligt werden, nämlich die Lebensart, daß man hier ja auch billiger leben könne als in der großen Stadt. Und wo etwa wirklich das Kostgeld der Arbeiter niedrigerer ist als in der großen Stadt, ist darum nicht auch die Kost billiger, sondern nur schlechter.

Nun sehen wir einmal die Lebenshaltung der

Uhrenarbeiter an und zwar zunächst diejenige einiger verheiratheter.

	I. Eltern und 3 Kinder	II. Eltern und 1 Kind	III. Eltern, 5 Kinder und Großeltern
	Einnahmen in Mark pro Jahr		
	1080,—	1058,40	780,—
	Ausgaben in Mark pro Jahr		
Nahrungsmittel	650,—	582,40	389,—
Wohnungsmiethe	120,—	156,—	120,—
Heizung	66,—	65,—	70,—
Beleuchtung	—	—	12,—
Wäsche	—	31,20	52,—
Kleidung inkl. Schuhwert	—	130,—	175,—
Staatssteuer	7,50	—	3,50
Gemeindestener	8,55	9,10	1,05
Krankenkassenbeiträge	—	10,40	12,74
Für den Mann	26,—	—	—
Für die Frau	9,60	—	—
Anderer gesetzl. Versicherg.	—	—	6,24
Lebensversicherung	26,—	—	—
Feuerversicherung	4,80	—	2,20
Zeitungsabonnement	6,—	9,10	10,52
Beitrag zum Fachverein	10,40	—	10,40
Beitrag zum polit. Verein	3,60	3,90	3,—
Ausgaben für Arzt und Apotheker	—	19,50	45,—
Ausgaben für Besamme, Laufe zc.	—	—	15,60
Besper- und Sonntagsgeld	150,—	—	50,—
Schulgeld	—	3,90	—
Beitrag zur Sterbekasse	—	—	2,—
<b>Total</b>	<b>1088,45</b>	<b>1020,50</b>	<b>980,25</b>

Diese Haushaltungsbudgets sind weniger wie bescheiden, sie sind armjelig und nothdürftig. Nehmen wir gleich das erste Budget, das von einem Uhrenarbeiter in Furtwangen herrührt. Die fünfköpfige Familie hatte für die Nahrungsmittel eine Jahresausgabe von 650 Mk., pro Person 130 Mk. und pro Person und pro Tag 35 J.; die Tagesausgabe für alle 5 Personen betrug 1,75 Mk. für die Ernährung. In seinem Werke über die Zusammensetzung der menschlichen Nahrungs- und Genussmittel hat Prof. König eine Reihe verschiedener Speisezetteln für die tägliche Nahrung zusammengestellt, die in „theueren und billigeren Nahrungsrationen“ vertheilt sind. Die Preise der Ersteren betragen 74—92 J. und die der Andern 49—62 1/2 J. Die billigste Ration setzt sich aus Weizenbrod, Speck, Erbsen, Kartoffeln, Magermilch und Griesmehl zusammen, eine Kost, die zweifellos landwirthschaftlichen Arbeitern, Wald-, Stein- und Erbarbeitern mit viel körperlicher Bewegung und Anstrengung zuträglich ist als Uhrenarbeitern. Aber selbst die billigste Tagesration verursacht für 5 Personen eine Tagesausgabe von 2,45 Mk., um 70 J. mehr, als unser Furtwanger Uhrenarbeiter ausgeben konnte. Ganz unergleichlich schlecht muß die Ernährung der Willinger Uhrenarbeiter-Familie (Budget III) sein, die aus 9 Köpfen besteht und die für die Nahrungsmittel nicht viel mehr als 1 Mk. pro Tag und 12 J. pro Person auszugeben vermochte. Da muß der Hunger ständiger Gast sein. Daß aber Arbeiter mit solcher Ernährung nicht leistungsfähig sind, wissen z. B. die Fabrikanten in England und Amerika schon seit langer Zeit, weshalb sie auch bessere Löhne zahlen, und es sagt es uns auch der erwähnte Prof. König. „Wenn es von den kämpfenden Soldaten mit Recht lautet: die Kourage hat ihren Sitz im Magen, so kann man mit demselben Recht für den Arbeiter (sei es körperliche oder geistige Arbeit) behaupten: Die Leistungsfähigkeit steht in direktem Verhältnisse zur Qualität der Nahrung.“

Erheblich besser dürften nach der Ausgabe die Ernährungsverhältnisse der Familie in St. Georgen (Budget II) sein, aber nur deshalb, weil sie bloß aus 3 Köpfen besteht. Da der betreffende Uhrenarbeiter mehr verdient, als der Willinger mit seiner schlechten Ernährung, so könnte man ohne Weiteres in den beiden verschiedenen Fällen eine Wechselwirkung von Er-

nahrung und Leistungsfähigkeit im Sinne des vorstehenden Zitates erblicken. Es mögen aber dabei eine Reihe verschiedener anderer Umstände mitgewirkt haben, so daß eine solche Annahme eben nicht ohne Weiteres zulässig ist, wenn auch für ihre Richtigkeit viel Wahrscheinlichkeit spricht.

Beschneiden sind in allen drei Haushaltungsbudgets alle übrigen Ausgaben und doch schließlich nur die Bilanz der kleinsten Familie mit einem Jahresüberschusse von 37,90 M., während die erste Familie eine Mehrausgabe von 8,45 M. und die dritte eine solche von 200,25 M. hatte, welches Defizit sie durch eine Erbschaft decken konnte. Dabei sind aber im 1. Budget keine Ausgaben für Beleuchtung, Wäsche und Kleidung, im 2. Budget keine solchen für den Sonntag und im dritten nur 50 M. für letzteren verzeichnet. Aus der Fürsorge gegen Krankheit z., Feuergefahr und für den Todesfall geht hervor, daß es sehr solide Familienväter sind, deren Budgets wir mitgeteilt haben.

Zu dem ersten Budget, dessen Einsender mittheilt, daß er am Jahreschlusse za. 60 M. Schulden hatte, bemerkt sehr richtig der Vorstand in der Broschüre: „Es bedarf wohl keiner weiteren Auseinandersetzung, daß ein derartiges Budget, das, wie das obige, in gesunden Zeiten mit Defizit abschließt, ein noch viel trüberes Gesicht bekommen muß, wenn einmal Krankheit oder Arbeitslosigkeit in die Familie einzieht. Wenn auch der betreffende Arbeiter als fürsorglicher Familienvater sich gegen möglichst viele Zu- und Unfälle versichert hat, so wird die ihm im Bedarfsfalle gezahlte Unterstützung den Einzug der Noth nie und nimmer verhindern können. Gilt dies von einem der bestgestellten Arbeiter, um wie viel mehr trifft es daher auf das Gros der Uhrenindustrie-Arbeiter zu, die in ihrer großen Mehrzahl das Existenzminimum (von 900 M. für verheiratete Arbeiter) noch nicht einmal verdienen.“

Es ist wirklich traurig, wenn ein solider und fleißiger Arbeiter ein arbeitsreiches Jahr trotz aller Entbehrungen mit Schulden statt mit einem Ueberschusse abschließen muß, den er für die Tage der Noth als Sparpfennig auf die Seite legen könnte. Unter diesen unerfreulichen und unbefriedigenden Umständen den Kopf noch hoch zu halten, das bedeutet in der That ein soziales Heldenthum, für das die Regierungen ihr Verständnis in Gestalt der Zuchthausvorlage bekunden haben.

Mit Defizit oder nur einem winzigen Ueberschusse schließen auch die übrigen Bilanzen der von noch mehreren anderen verheirateten sowie ledigen Arbeitern und Arbeiterinnen mitgetheilten Haushaltsrechnungen, was bei Tagesverdiensten von 1,20 M. für Arbeiterinnen und 2,30 bis 2,80 M. für Arbeiter nicht verwunderlich ist. Die Niedrigkeit und Unzulänglichkeit dieser Löhne leuchtet auch Jedermann ein, wenn man sie in Verbindung bringt mit den von uns angeführten Lebensmittelpreisen, die für die Proletarier ebenso hoch wie für die Kapitalisten sind.

Zur Besserung dieser Verhältnisse gibt es nur ein Mittel, nämlich die Organisation. Leider steht es mit ihr nach den Erhebungen im Schwarzwald schlecht. Von den mehr als 6000 in der Schwarzwälder Uhrenindustrie beschäftigten Arbeitern waren 450 organisiert, nämlich 240 im Deutschen Metallarbeiter-Berband und 210 im Deutschen Holzarbeiter-Berband. In Schwennungen sind z. B. von den za. 1300 Arbeitern 66 in der Organisation, je 33 bei jedem der genannten Verbände. Es zeigt sich denn auch, daß überall schlechte Arbeits- und Wohnverhältnisse bestehen, wo schlechte Organisation ist oder wo sie ganz fehlt. Organisation bedeutet Ordnung, bessere Lebensverhältnisse, bedeutet Recht und Gerechtigkeit und da Gerechtigkeit stark macht, so gibt Gerechtigkeit auch Macht. Darum hinein in die gewerkschaftlichen Organisationen, ihr Schwarzwälder Uhrenarbeiter und Arbeiterinnen, wenn es für Euch besser werden soll!

## Graf Posadowsky und das Streikpostenstehen in England.

Der Londoner Korrespondent der Berliner „Volks-Zeitung“ schreibt:

Graf Posadowsky war übel berathen, als er in seiner Reichstagsrede vom 19. Juni die Aengstigungen der „Volks-Zeitung“ über die Thatfache in Zweifel zog, daß das Gesetz über das Streikpostenstehen in England thatsächlich nicht existire. Meine Mittheilungen in der „Volks-Zeitung“ stützen sich auf Urtheile der englischen Gerichte, sowie auf die Aussagen eines englischen Arbeiterführers, Mr. Barnes, des Generalsekretärs der englischen Maschinenbauer, der sicherlich mehr über die Sache weiß, als irgend einer der Herren, denen Graf Posadowsky seine Informationen verdankt.

Mun hat sich aber Graf Posadowsky auf zwei Fälle bezogen, in denen englische Gerichte thatsächlich harmloses Streikpostenstehen in neuerer Zeit bestraft haben sollen. Er hat dabei zugegeben, daß der eine dieser Fälle noch keine definitive Erledigung durch das Haus der Lords erwartet. Er hätte hinzufügen können, daß das Haus der Lords bereits früher dahin entschieden hat, daß Streikpostenstehen nur dann als strafbar anzusehen ist, wenn es mit Gewaltthätigkeiten verbunden ist. Diese Mittheilung ist nicht bloß von mir, sondern sie wird auch unter dem Datum des 23. Juni von der „Times“ gemacht, auf die gerade Graf Posadowsky sich berufen hatte.

Was den ersten Fall, den Graf Posadowsky anführt, den Fall „Thons und Sons“, anbetrißt, so ist gerade in diesem Falle die Verfolgung des ungerechten Urtheils bis zum Hause der Lords dem Eingreifen der Trade Unions zu verdanken, die sich bereit erklärten, die mit einer Vorlage der Streitfrage vor dem Hause der Lords verknüpften schweren Kosten zu tragen.

Ueber den anderen Fall werde ich nicht versäumen, weitere Erkundigungen einzuziehen, und darauf zurückzukommen. Es hätte allerdings meines Erachtens das Vorkommen zweier Fälle absolut nichts bewiesen, außer, daß keine Regel ohne Ausnahme ist. Wenn über 40,000 Maschinenbauer sieben Monate hindurch im Streik stehen, und fast alle ohne Ausnahme nicht nur Streikposten stehen, sondern — was in England erlaubt ist — selbst in die Arbeitswerkstätten hineingehen, um die Arbeiter zum Einstellen der Arbeit zu bewegen und wenn dann, wie der Generalsekretär der Maschinenbauer bezeugt, keine Verfolgung der Streikenden eingetreten ist, sofern sie sich nicht Gewaltthätigkeiten zu Schulden kommen ließen, so wird auch Graf Posadowsky zugeben müssen, daß ein derartiges Gesetz, welches das Streikpostenstehen verurtheilt, nicht mehr in Geltigkeit sein kann, oder daß alle Gerichte und Polizisten versagt hätten.

Wenn andererseits diesem erdrückenden Beweise gegenüber ein einzelner Richter sich einmal zu einem Urtheil nach dem außer Kraft befindlichen Gesetzesparagrafen hinreißen ließe, so würde das lediglich Unkenntniß des Gesetzes bedeuten.

Was das Eingreifen des Home Secretary solchen Urtheilsprüchen gegenüber betrifft, so bin ich in der Lage darüber Folgendes zu berichten: Auf dem Kongresse in Bristol wurde zur Sprache gebracht, daß ein Bergarbeiter in Südwaales wegen Streikpostenstehens zu einer kleineren Freiheitsstrafe verurtheilt worden war und bereits inhaftirt wäre. Der Kongress telegraphirte an den Home Secretary und machte ihn auf den Fall aufmerksam. Am andern Tage konnte der Kongressvorsitzende mittheilen, daß der Home Secretary sofortige Haftentlassung des Verurtheilten angeordnet habe. Wenn Graf Posadowsky versichert, daß die Labourkommission nicht nur mit dem Gesetz von 1875 zufrieden wäre, sondern sogar eine Verschärfung dieses Gesetzes anstrebe, so wäre es unnothige Arbeit, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob die Labourkommission in der That solche Absicht geäußert hat oder nicht. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß sie nicht daran denkt, strengere Maßnahmen in Vorschlag zu bringen, denn gerade jetzt, vor den Neuwahlen, ist die Regierung eifrigst bemüht, sich mit den Arbeitern und vor allen Dingen mit den unorganisirten Arbeitern, möglichst gut zu stellen. Hätten diese aber auch nur eine Ahnung davon, daß die Labourkommission Absichten haben könnte, welche die Arbeiterrechte zu verkümmern drohen, so würde die Regierung eine Niederlage erleiden, die noch schlimmer wäre als die, welche sich jetzt die deutsche mit der Zuchthausvorlage zugezogen hat. Die konservative Regierung hätte aufgehört zu existiren, sobald sie es wagen sollte, ein auch nur entfernt ähnliches Gesetz an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Regierung würde sogar abgethan sein, wenn sie einer Handhabung des Gesetzes vom Jahre 1875 im Sinne des Grafen Posadowsky das Wort reden wollte.

Ich werde in der nächsten Zeit in der Lage sein, über das friedliche Streikpostenstehen und die Berechtigung dazu auch noch aus anderer Quelle Belege zu geben. Für heute möge es genügen, daß die „Times“ selbst dies als nach englischem Gesetz gestattet anerkennen und daß richterliche Ansprüche in dieser Beziehung in genügender Deutlichkeit vorhanden sind.

Wenn man sich nun wundern sollte, daß man in England ein Gesetz bestehen läßt, das durch seinen Wortlaut, namentlich im Auslande, leicht zu einem Mißverständnis führen kann, so möchte ich dazu bemerken, daß man in England ein Gesetz in höchst seltenen Fällen ansieht, selbst wenn seine willkürliche und mißverständliche Auslegung durch gewisse Richter als unrichtig festgestellt ist. Man nimmt dann eben an, daß ein anderer Richter sich eine solche Auslegung

nicht mehr zu Schulden kommen läßt. So kann ich Herrn Grafen Posadowsky mittheilen, daß beispielsweise ein altes Gesetz nicht gestrichen ist, das Denjenigen wegen „Häresie“ mit schwerer Strafe bedroht, welcher behauptet oder lehrt, „daß die Erde rund ist“. In der That hat ein orthodoxer Rechtsanwalt vor einigen Wochen die Schulbehörden von Portsmouth mit einer Anklage auf Grund dieses Gesetzes bedroht, falls nicht sofort sämtliche Globen aus den Schulen entfernt werden. Wenn es nun diesem Sonderling gelingen sollte, einen ebenso sonderbaren Richter zu finden, der auf Grund des alten Gesetzes die Schulbehörden wegen „Häresie“ verurtheilt, so wäre es heute noch verboten zu lehren, daß die Erde rund ist? Die Strafe würde einfach vom Home Secretary gestrichen werden und der Richter würde darüber befehligt werden, daß er nach einem veralteten Gesetz geurtheilt hat, wie in dem Streikpostenfalle die Belehrung für die Richter nicht ausbleiben wird, daß sie nach einer längst als falsch erkannten Auslegung des Gesetzes vom Jahre 1875 geurtheilt haben. Das Vorkommen eines solchen Urtheils beweist höchstens, daß es auch unter den englischen Richtern Leute gibt, die der Belehrung und Weiterbildung in ihrem Fache nur zu sehr bedürfen. Aus dem Vorhandensein einzelner derartiger Richter den Schluß zu ziehen, daß alle Richter in gleichem Maße reparationbedürftig sind, würde genau so richtig sein, als wenn man, weil es eine Gattung fliegender Fische gibt, behaupten wollte, daß alle Fische fliegen.

## Gegen die Zuchthausvorlage.

Das Berliner Gewerbegericht hat an den Bundesrath und Reichstag folgende Petition gerichtet:

Der Ausschuss des Gewerbegerichts zu Berlin für Gutachten und Anträge bezüglich gewerblicher Fragen hat in seiner Sitzung vom 17. Juni einstimmig — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — beschlossen, eine Petition an den Bundesrath und Reichstag zu richten, in welcher um Ablehnung des Gesetzentwurfes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses gebeten wird. Die Begründung lautet folgendermaßen:

Der zur Zeit dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegte Gesetzentwurf bezeichnet sich als der Entwurf eines Gesetzes „zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“. Sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer haben ein Interesse daran, zu ihm Stellung zu nehmen und sich die Frage vorzulegen, ob das gewerbliche Arbeitsverhältnis überhaupt eines Schutzes bedarf, ob der ihm bisher gewährte Schutz als ein genügender und ausreichender sich erweisen hat, endlich, ob es in der That des außerordentlich rigorosen Schutzes der Vorlage bedarf.

Wenn man die geschichtliche Entwicklung des gewerblichen Arbeitsverhältnisses betrachtet, so sieht man, daß es in früherer Zeit und noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ein gebundenes war. Der Arbeitgeber war gezwungen, einer Innung beizutreten und sich dem Zwange der Innung in Bezug auf die Regelung seines Verhältnisses zu den Arbeitnehmern ebenso wie zu seinem Mitarbeiter — abgesehen von dem sonstigen Zwange in Bezug auf die Ausübung seines Gewerbes — zu unterwerfen. Der Arbeitnehmer unterlag in gleicher Weise dem von der Innung ausgeübten Zwange in Bezug auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses, durch welche der Kreis derjenigen Arbeiter, welche Arbeit finden konnten, die Löhnsätze und alle Bedingungen des Arbeitsvertrags geregelt wurden.

Der durchgreifende Unterschied, welcher sich bei einer Betrachtung der Verhältnisse, wie sie durch die Gewerbeordnung geschaffen wurden, ergibt, ist der, daß an die Stelle des Zwanges nach jeder Richtung hin die Freiheit gesetzt ist. Der Arbeitgeber ist berechtigt, sich seine Arbeiter zu suchen und zu nehmen, wo und wie er sie findet, und die Bedingungen des Arbeitsvertrages so festzusetzen, wie es in seinem Interesse am erprießlichsten erscheint. Der Arbeitnehmer hat die Freiheit, seine Arbeitskraft in demjenigen Gewerbe und bei dem Arbeitgeber zu verwerthen, wo er für seine Arbeitskraft die höchste Bezahlung, den höchsten Lohn findet.

Seit dieser Anerkennung der Freiheit des gewerblichen Arbeitsverhältnisses datirt, darüber kann wohl ein Zweifel nicht obwalten, der nie geahnte Aufschwung unseres gewerblichen Lebens, der sich in dem letzten Menschenalter vollzogen hat. Dieser Aufschwung fällt aber nicht nur zufällig zeitlich mit der Anerkennung der Gewerbefreiheit zusammen. Er steht auch innerlich mit der Befreiung des Gewerbes im Allgemeinen und des gewerblichen Arbeitsverhältnisses im Besonderen von den gesetzlichen Schranken im Zusammenhang. Nur ein in seinen Entschlüssen freier Ar-

beitgeber und Arbeitnehmer war und ist zu den Leistungen befähigt, die eine Blüthe der Industrie erfordert. Die ganze gewerbliche Industrie unseres Jahrhunderts beruht auf der Werthschätzung und besten Verwerthung der menschlichen Arbeit, auf der Erkenntniß, daß nur diejenige Arbeit zweckmäßig durch menschliche Arbeitskraft verrichtet werden darf, welche nicht durch die Naturkraft geliefert werden kann. Der Mensch, ein mit Vernunft begabtes Wesen, ist im Stande, mehr und Besseres zu leisten als diejenige Arbeit, zu der die Anwendung der rohen Kraft genügt. Mit anderen Worten: unsere ganze gewerbliche Entwicklung beruht auf der Verwerthung der Intelligenz der Gewerbetreibenden, sowohl des Arbeitgebers als auch des Arbeitnehmers. Nur der Intelligenz der Gewerbetreibenden verdanken wir unsere gewerblichen Fortschritte und dasjenige Land hat die größten gewerblichen Erfolge zu verzeichnen, dessen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die gebildetsten und intelligentesten sind.

Das Streben der denkenden und intelligenten Menschen ist aber naturgemäß auf eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse gerichtet. Nur der denkende Mensch, sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer, strebt vorwärts und, wie im Volksleben Fortschritt nur denkbar ist, durch einen Zusammenschluß Derjenigen, welche gleiche Interessen haben, so ist auch im gewerblichen Leben ein Fortschritt nur möglich durch ein Zusammengehen der einem gleichen Ziele Zustrebenden, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer. Ein Fortschritt wird nur im Kampfe errungen und ein Kampf — auch ein friedlicher um die besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen — kann nur durch die Macht geführt werden. Der Einzelne ist machtlos, die Vereinigung Gleichstrebender ist eine Macht. Der wahre Fortschritt, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse, das Anerkennenswertheste und am meisten zu fördernde Ziel aller denkenden intelligenten Menschen kann nur durch Vereinigung erreicht werden.

Das Streben nach diesem Ziele ist zu fördern, sowohl im Interesse der Arbeitgeber, die nur durch intelligente Arbeiter in ihren Zielen unterstützt werden können, wie im Interesse der Arbeitnehmer, die, je höhere Ansprüche sie an ihre Lebenshaltung und deren Gewährleistung durch ihre Arbeitgeber stellen, gezwungen sind, an sich selbst und die Nutzbarkeit ihrer Arbeitsleistung höhere Ansprüche zu stellen. Und da in Bezug auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entgegengesetzte sind, da mithin das Bestreben Beider nach einer Verbesserung naturgemäß nur im Kampfe sich entfalten kann, so ist es verwerflich, diesem Kampf größere Hindernisse in den Weg zu legen, als es im Interesse der Allgemeinheit unbedingt erforderlich ist. Jede unnütze Beschränkung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesem Kampfe um die bestmöglichen Arbeitsbedingungen kann nur auf die Entwicklung der Intelligenz beider Klassen von Gewerbetreibenden schädlich wirken, sie kann nur eine Hemmung unseres gewerblichen Arbeitsverhältnisses und unseres Kulturfortschrittes sein.

Von diesem Gesichtspunkte muß jeder Arbeitgeber wie Arbeitnehmer jede Beschränkung des Einzelnen in der Gestaltung des gewerblichen Arbeitsverhältnisses ebenso verwerfen, wie die Behinderung in dem Zusammenschluß Gleichstehender zur Erreichung ihrer Ziele. Die über das nothwendige Maß hinausgehende Einschränkung, wenn sie sich unter dem Schleier „eines Schutzes des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ verbirgt, ist unserer Industrie, unserer gewerblichen Entwicklung, unserem Kulturfortschritt feindlich. Es fragt sich also nur, inwiefern eine Beschränkung des Einzelnen in der Freiheit der Gestaltung seines gewerblichen Arbeitsverhältnisses, insbesondere durch Vereinigung mit Gleichstehenden zum Zwecke der Erämpfung der angestrebten Ziele, unbedingt nothwendig ist. Sowohl im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer wird man fordern dürfen, daß dem Einzelnen die Entfaltung seiner Persönlichkeit, seines Könnens, die beste Verwerthung seiner Fähigkeiten ermöglicht wird, soweit Anderen hierdurch die gleiche Möglichkeit nicht benommen wird. Nur diese Behinderung des Einzelnen, das Gleiche zu erstreben und zu erreichen, darf den Maßstab für den zu gewährenden Schutz bieten.

Man wird deshalb den einzelnen Gewerbetreibenden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das Recht gewähren müssen, sich mit gleichem Ziele Zustrebenden zu vereinigen und den Kampf für seine Interessen zu führen, soweit nicht dadurch in die berechtigten Interessen anderer eingegriffen wird. Gegen diese Eingriffe müssen zunächst die allgemeinen Gesetze, welche auf jeden Staatsbürger, gleichviel, ob er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder nicht Gewerbetreibender ist, Anwendung finden. Erst so weit diese Gesetze keinen

ausreichenden Schutz gewähren, ist eine spezielle Beschränkung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Ausübung ihrer Rechte zum Zusammenschluß behufs Erämpfung besserer Arbeitsverhältnisse berechtigt.

Diesem letzteren Zwecke sollte § 153 der Gewerbeordnung dienen; denn es ist klar, daß eine Vereinigung von Interessenten ebensowenig wie jede andere Vereinigung im Staate, in einer Gemeinde usw. bestehen kann, wenn nicht ein gewisser Zwang vorhanden ist, der die Interessenten verbindet, sich den Beschlüssen einer Mehrheit Derjenigen, mit denen sie zu gleichen Zwecken zusammengetreten sind, zu fügen. Ohne Zwang kann ein Gemeinwesen irgend einer Art, sei es niederer oder höherer Ordnung nicht bestehen. Für die Arbeitgeber- oder Arbeitervereinigungen zum Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind die Zwangsmittel durch das bestehende Gesetz bereits im höchsten Maße beschränkt. Jedes nur irgend in die persönliche Rechtsphäre der Einzelnen wirksam eingreifende Zwangsmittel ist durch Strafbestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung ausgeschlossen. Eine Erweiterung dieser Bestimmungen, eine noch weitere Beschränkung des Koalitionsrechtes könnte nur dadurch gerechtfertigt werden, wenn die bestehenden Bestimmungen nicht ausgereicht hätten, den verletzten Rechten die genügende Sühne zu geben. Der Nachweis, daß dies der Fall gewesen, ist von keiner Seite erbracht, am Wenigsten durch die Begründung der Regierungsvorlage und die ihr beigegebene Denkschrift. Vergehen gegen die öffentliche Ordnung wird man durch keine auch noch so drakonische Strafvorschrift beseitigen können.

Der Staat kann nur die Aufgabe haben, für die Verletzung der Rechtsordnung eine dem Grade der Verletzung entsprechende Sühne eintreten zu lassen. Und daß dies nach dem bisherigen Rechte in Bezug auf Ausschreitungen der Arbeitnehmer in Kämpfen um das gewerbliche Arbeitsverhältnis nicht möglich gewesen, wird Niemand behaupten können, der den Entscheidungen unserer Gerichte in derartigen Fällen in den letzten Jahren gefolgt ist. Ein Bedürfnis zur Verschärfung dieser Strafbestimmungen, die einer weiteren Beschränkung des Koalitionsrechtes gleichkommen würden, besteht in keiner Weise. Wollends der dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf spricht aber nicht nur eine Beschränkung des Koalitionsrechtes aus; er kommt einer Vernichtung des Koalitionsrechtes gleich. Wenn auch theoretisch das Koalitionsrecht von der Vorlage noch anerkannt wird, so ist es praktisch für den Arbeitgeber und Arbeitnehmer unmöglich, sich dessen zu bedienen, ohne sich in den Fußangeln dieses Gesetzes zu verfangen. Man könnte einen Preis aussetzen für Denjenigen, der nach diesem Gesetzentwurf einer Arbeitgeber- oder Arbeitnehmervereinigung die Möglichkeit zeigt, einen Kampf um Aenderung gewerblicher Arbeitsverhältnisse zu führen, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen.

Ist aber die Bethätigung des Koalitionsrechtes, der Kampf um die Verbesserung des Arbeitsverhältnisses, ein sowohl im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer zu erstrebendes Ziel, ist dieser Kampf in der Entwicklung sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer zur Intelligenz und zur höheren Kultur begründet, so ist die Behinderung dieses Kampfes, wie sie durch die Vorlage angestrebt wird, für den Fortschritt unserer gewerblichen Entwicklung, für unsere Kultur unheilvoll und verderblich. Und deshalb muß der vorliegende Gesetzentwurf von jedem Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der ein Interesse an dem Fortschritt und der Blüthe unseres gewerblichen Lebens hat, verworfen werden. Wenn eine Aenderung der Bestimmungen über das Koalitionsrecht und zum Schutze gegen Ausschreitungen bei seiner Bethätigung erfolgen soll, so könnte sie nur in dem der Vorlage entgegengesetzten Sinne, also im Sinne eines veränderten Schutzes und einer größeren Freiheit nothwendig sein. Die bestehenden Gesetze geben gegen jede Ausschreitung mehr als genügenden Schutz.

gez. D. Weigert. gez. Dr. Hugo Gerstel.

**Mittheilungen aus der Metall-Industrie.**

**Internationale Eisenstatistik.** Einer in der kapitalistischen Fachpresse veröffentlichten Statistik entnehmen wir, daß von allen Ländern mit bedeutender Eisenindustrie Deutschland im letzten Jahrzehnt die größte Entwicklung der betr. Produktion aufweist. Wir lassen die bezüglichen Ziffern der Hauptländer pro 1891 und 1897 folgen; nur für Deutschland liegen schon die 1898er Angaben vor. Die Eisenerzeugung belief sich in (in 1000 Tonnen):

	Großbritannien	Nordamerika	Deutschland	Frankreich	Belgien
1891	7406	8280	4641	1897	684
1897	8796	9653	6880	2472	1085
1898	—	—	7403	—	—

Mit großer Eile entwickelte sich Deutschland zum Industriestaat allerersten Ranges. So lange die günstige Konjunktur anhält, hat es von ausländischer Konkurrenz nichts zu fürchten. Mit Schrecken denken die industriellen Strategen aber an die zukünftige Flaue, die gewiß Nordamerikas überflüssige Eisenproduktion auf den Markt werfen wird. Schon melbten wir von Versuchen zur Bildung internationaler Eisentartelle. Jetzt ist ein Bündniß der oberösterreichischen mit den österreichisch-ungarischen Eisenwerken so gut wie perfekt geworden. Die westdeutschen Werke wollen sich anschließen. Hoffentlich sind die Herren Unternehmer nun keine vaterlandslosen Gesellen.

**Die hohe Rentabilität der deutschen Eisenwerke** stellt ein von dem amerikanischen Consul S. Mason-Berlin ausgegebener Bericht in den „Commercial Relation“ fest. Demnach haben 52 erste Eisenwerke pro 1897 eine Durchschnittsbilanz von über 10% Prozent ausgeschüttet! Großartige Gewinne machten auch die Elektrizitätswerke. Allein 1897 wurden 254 neue industrielle Korporationen mit mehr als 390 Millionen Mark Kapital gegründet. Diese Hochfluth ist begreiflich, wenn man hört, daß die Sonne Eisen 1894: 43,04, 1898 aber 51,87 Mark kostete, dank dem organisierten Unternehmertum. In den letzten 5 Jahren hat sich der Werth der Flußeisen- und Stahlproduktion von 350 auf 703 Millionen Mark gehoben. Mason nennt das Jahr 1897 ein „wunderbares für Deutschland“. Er hätte genauer präzisieren und sagen sollen: für die deutschen Kapitalisten. Denn auf die Arbeiter sind nur spärliche Brotsamen von dem reichbelegten Tische gekommen.

**Die Berliner Metallindustrie** nimmt eine herborragende Stellung ein. Nach dem Bericht der Nordöstlichen Stahl- und Eisengewerkschaft waren 1898 in der Sektion Berlin 40,316 Arbeiter beschäftigt, 4717 mehr wie 1897. Diese Menge arbeitete in 1299 Betrieben (+ 65) und betrug die Summe der gezahlten Arbeitslöhne 43,630,943 M. Die Berliner Metallindustrie stand während des ganzen Jahres in rastloser Thätigkeit. Gießereien, Eisenkonstruktionswerkstätten, Maschinenfabriken und die übrigen mechanischen Werkstätten waren nach dem Jahresberichte des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller derart in Anspruch genommen, daß viele Anfragen nicht erledigt und manche Aufträge in der vorgeschriebenen Zeit nicht ausgeführt werden konnten. Ueberall wurde mit Ueberstunden gearbeitet, und häufig mußte der Betrieb monatelang mit Tag- und Nachtschicht durchgeführt werden.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß an einzelnen Orten Vorbereitungen zu Lohnbewegungen getroffen oder die Arbeit niedergelegt wurde, ohne daß dem Vorstand hiervon Anzeige erstattet und dessen Beschluß abgewartet worden ist. Wir verweisen deshalb an dieser Stelle auf die diesbezüglichen Bestimmungen des Statuts und machen darauf aufmerksam, daß Angriffsstreiks 3 Monate vor Beginn beim Vorstand anzumelden sind. Ebenso ist über eventuell einzuleitende Abwehrstreiks an den Vorstand genau Bericht zu erstatten und dessen Beschluß abzuwarten, ehe die Arbeit niedergelegt oder die Kündigung eingereicht wird.

**Die Nichtbeachtung der statutarischen Vorschriften hat die Ablehnung jedweder Unterstützung für Angriffs- und Abwehrstreiks zur Folge.**

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß das Protokoll vom 1. Gewerbetagkongress in Berlin im Druck erschienen ist und von uns gegen vorherige Erstattung des Kostenbetrages (per Stück 20 M.) bezogen werden kann. Etwaige Bestellungen bitten wir umgehend aufzugeben.

Der Former Friedrich Buch (nicht Busch wie in Nr. 27 angegeben), B.-Nr. 112 246, hat sich in der Verwaltungsstelle Vorrath verschiedene Schwindeleien zu Schulden kommen lassen und wird derselbe hierdurch zur Rechtfertigung aufgefordert, andernfalls sein Ausschluß aus dem Verbands erfolgt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Hedw.straße 160II**, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

**Korrespondenzen.**

**Former.**

**Aßersleben.** Die Verhältnisse der Aßerslebener Eisengießerei vorm. Schmidt u. Co., jetzt A.-G., zwingen uns, die Zeitung in Anspruch zu nehmen. Ein Trauerspiel ist es, hier einen Wochentag zu erleben, Pant und Streit sind an der Tagesordnung, weil den Formern der Lohn nicht bezahlt wird, den sie früher für die gleiche Arbeit bekommen haben. Auch wird ihnen der Guß abgezogen, der ohne ihr Verschulden Ausschuß geworden ist. So kommt es, daß zugereifte Former die Gießerei in 2-4 Wochen wieder verlassen. Die Gesellschaft baut jetzt wieder eine neue Gießerei, für die vielleicht 50-60 Former eingestellt werden. Unter den bestehenden Verhältnissen dürften sich wohl keine finden lassen. Hauptächlich werden die Preise für kleine Stücke gewaltig herabgedrückt, wobei Löhne herauskommen, die zum Verhungern zu hoch, zum Leben zu wenig sind. Es wird nach Stücklohn bezahlt, wobei der Meister nach Gewicht bezahlt, M. 1,50 pro Zentner. Bei leichten Sachen ist dabei nicht auszuwachen. Die Kollegen glauben, daß nur der Meister A. an diesen Uebelständen schuld ist. Auf unsere Beschwerde beim Betriebsingenieur hat uns dieser erklärt, wir sollen Geld verdienen, aber leider scheint es der Meister zu sein, der dies immer wieder vereitelt. Wir sind 22

Formen, davon 20 im Metallarbeiter-Verband, 2 nicht organisiert.

**Grünitzschau.** Anlässlich des in Leipzig ausgebrochenen Formenstreiks versuchten die dortigen Unternehmer auch hier Fuß aufzuerichten zu lassen. Dank der Einmüthigkeit der hiesigen Kollegen ist das bis jetzt ohne den geringsten Erfolg geblieben. In der am 30. Juni abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung wurde nach dem Referat eines Leipziger ausständigen Kollegen einstimmig beschlossen, sämtliche hier ankommenden Modelle, wenn sie von Leipzig sind, energisch zurückzuweisen. In verschiedenen Gießereien sind den Formern bereits solche Modelle zugestellt worden. Die Unternehmer hatten sich aber getäuscht. Sämtliche Formen weigerten sich, die Arbeit zu machen, so daß die Fabrikanten genöthigt waren, die Modelle wieder zurück zu schicken. Es ist erfreulicher Weise nirgends zu einem Ausstand oder einer Maßregelung gekommen. Es ist aber nöthig, daß sich sämtliche Formen und Metallarbeiter organisiren, damit derartigen Versuchen auch in Zukunft mit Erfolg entgegen getreten werden kann. Ferner werden die hiesigen Kollegen dringend ersucht, mehr als bisher in Versammlungen zu erscheinen.

**Darmstadt.** Am 8. Juli fand in der Heß'schen Brauerei eine öffentliche Formerverammlung statt mit der Tagesordnung: „Der Leipziger Formenstreik“, in welcher Kollege Greiz aus Leipzig referirte. Redner entwarf ein klares Bild über die Ursache der Entstehung und Entwicklung des Streiks. Aus diesem geht hervor, daß nur die Brutalität der Großindustriellen Leipzigs die Formern zum letzten Mittel, dem Streik trieb. In seinen Schlussworten war der Wunsch enthalten, daß die Darmstädter Formern ihre im Kampfe stehenden Leipziger Kollegen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen möchten. Eine dementsprechende Resolution wurde angenommen.

**Dülken.** Seit circa 5 Wochen befinden sich die Formern und Hilfsarbeiter der Firma Lonnar im Ausstand, ohne daß bis jetzt eine Einigung erzielt werden konnte. Von den Arbeitern ist schon mehrmals die Hand zum Frieden geboten worden; so auch in voriger Woche durch den Verbands-Vorsitzenden Kollege Schilde. Die Firma lehnte es aber ab, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Durch verschiedene Manipulationen ist es der Firma gelungen, 13 Arbeitswillige aus den Reihen der Streikenden anzulocken. Da aber die Firma durchschnittlich 50 Formern beschäftigt, so kann dieselbe ihren Betrieb nicht aufrecht erhalten. Es wird deshalb versucht, den Fuß von Auswärts zu beziehen. Die Firma hat sich unter Anderem nach Olabach, Firma Spengler, Eupen, Firma Wintgens, Meid bei Venlo, Firma Hillen gewandt. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, keine Modelle der Firma Lonnar zu gießen, damit der Kampf nicht in die Länge gezogen wird.

**Gera.** In der Eisgießerei von Kraßsch haben fünf organisierte Formern die Arbeit niedergelegt und drei gekündigt, weil ihnen zugemutet wurde, Streikbrecherarbeit für Leipzig zu machen. Von den fünf Formern haben drei ihre Kündigung zurückgezogen und zwei sind abgereist. Die Firma hat versprochen, die Leipziger Modelle zurückzuschicken. Bei der Firma Sonntag sind auch wieder Modelle von Leipzig angekommen, sie hat sich aber verweigert, dieselben wieder einzulassen, da die Formern sich weigern, Streikarbeit auszuführen. Bei der Firma Jahn haben weitere sieben Formern die Arbeit niedergelegt, nachdem ihre Kündigungsfrist abgelaufen. Es stehen nunmehr 10 Formern bei der Firma Jahn im Ausstand, vier Arbeitswillige, von denen aber einer krank ist, haben sich dem Ausstand nicht angeschlossen; es bleibt aber zu hoffen, daß der Kranke sich anschließen wird, da er langjähriger Gewerkschaftsmitglied ist.

**Leipzig.** Der Streik der Formern dauert unverändert fort. Es stehen noch 530 Mann mit 1030 Kindern im Ausstand. Die Unternehmer wenden alle Mittel an, um die Streikenden wankelmüthig zu machen, doch gelangt ihnen das nicht. Die Stimmung der Streikenden ist eine gute und haben sie sich die Sympathie der gesamten Leipziger Arbeitererschaft erworben. Um nun den Kampf siegreich durchzuführen, macht es sich notwendig, daß die Kollegen allerwärts Folgendes berücksichtigen: Damit allen Anforderungen betr. Referenten zu Versammlungen genügt werden kann, bitten wir, alle diesbezüglichen Sendungen und Anfragen möglichst frühzeitig und nur an uns gelangen zu lassen, damit Zeit und Kosten gespart werden. Es wird von den Unternehmern das Gerücht in Umlauf gesetzt, daß der Leipziger Formenstreik in allen Gießereien beigelegt sei und die Leipziger Modelle jetzt angefertigt werden könnten. Wir erklären demgegenüber, daß der Streik unverändert fort-dauert und daß die Bearbeitung der Leipziger Modelle nach wie vor, wenn irgend möglich, zu verweigern ist. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Das Streikkomitee der Formern Leipzig, Dresdenstraße 20.

**Sorgelsow.** Obwohl der Streik dahier durch Vereinbarung beigelegt ist, muß Bezug nach wie vor streng ferngehalten werden, weil noch circa 100 Mann ausgeperrt sind.

**Klempner.**

**Zinsburg.** Am 11. Juli fand eine Mitglieder-versammlung der Sektion der Klempner statt, die gut besucht war. Die Hauptpunkte der Tagesordnung waren: 1. Gründung eines Arbeitsnachweises. 2. Vorschläge zur Wahl eines befohlenen Vertrauensmannes. 3. Einführung des Bezirks-Kassierersystems. Am 1. Punkt führte der Vorsitzende den Mitgliedern in kurzen Worten die Bedeutung und den Zweck eines Arbeitsnachweises vor Augen, hierauf wurden 8 Kollegen gewählt, die den Nachweis zu führen haben. — Als befohlener Vertrauensmann wurde Kollege Klapp vorgeschlagen. — Beim 2. Punkt entspann sich eine lebhafteste Debatte. Schließlich wurden drei Kollegen als Prüfungskolportiere und Bezirks-kassierer gewählt. Des Weiteren wurden die Kollegen H. Dierckmann, als Vorsitzender und W. Sturm als Schrift-führer gewählt. — Kollegen, wir möchten Euch auffordern, alle Kräfte anzuwenden und nicht eher zu ruhen, bis sämtliche Kollegen sich dem Verbande angeschlossen haben. Bittet, daß auch die Klempner Zinsburgs begriffen haben, daß sie ihre Lage verbessern wollen.

**Metallarbeiter.**

**Chemnitz.** In die sächsischen Nadelmacher! Bekanntlich haben sich die Fabrikanten der Stricknadel-

Branche vereinigt, um die Preise für fertige Waaren zu steigern; ferner dürfte es den Kollegen bekannt sein, daß in Folge dessen auch ein 5prozentiger Zuschlag gegeben wurde. Seit dieser Zeit ist kaum ein Jahr ins Land gegangen und schon sind Anzeichen vorhanden, daß das Erzeugene wieder verlustig gehen soll. Am 8. Juli fand deshalb eine Nadel-macherversammlung statt, die sich mit dieser Materie befaßte sollte, dieselbe war aber so schwach besucht, daß man den Hauptgegenstand von der Tagesordnung ablesen mußte. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß schon Koharen-ditionen stattgefunden haben und daß man es nun fertig ge-bracht hat, die Mitglieder der Agitationskommission aus den Klugfabriken zu verdrängen. Als einem Fabrikanten Vor-stellungen seitens der Arbeiter gemacht wurden, eine Kündigung wieder zurückzunehmen, erklärte er, daß dies nicht mehr angehe, da es schon Herrn Beckert unterbreitet wäre. Was war die Ursache dieser Kündigung? Weil der Schreiber dieses gegen die Handhabung des Schenkenzimmers in der Fabrik aufgetreten ist. Dieses Verbrechen muß nun mit Aus-hungerung bestraft werden. Aus allem diesem können nun die Kollegen ersehen, daß es Zeit ist, die Augen offen zu halten und daß es Jeder für seine Pflicht erachten muß, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten und demselben treu zu bleiben. Denn austreten aus dem Verband zu einer Zeit, wo das Erzeugene auf dem Spiele steht, heißt Verrath üben an denjenigen Kollegen, die mit Einsetzung ihrer Kräfte an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse arbeiten.

**Dülken (Rhld.)** Auf dem Niederrheinischen Eisenwerk wurde dieser Tage ein Ukas angeschlagen, der lautet: „Die-jenigen Arbeiter, welche dem D. M. V. angehören, finden bei uns keine Beschäftigung.“ — Uns soll dieser Anschlag recht sein, werden doch dadurch die Arbeiter stets auf unsere Organisation hingewiesen. Wenn aber die Herren Unter-nehmer glauben, unserer Organisation dadurch Abbruch thun zu können, so wird gerade das Gegentheil der Fall sein. Auf demselben Werk waren am 10. Juli 3 Arbeiter, die früher in der Maschinenfabrik Felix Lonnar beschäftigt waren, in Arbeit getreten; sie wurden aber schon am 14. Juli wieder entlassen mit dem Bemerkten, daß die Firma Lonnar es wünsche, daß sie (die Arbeiter) wieder zu Lonnar zurückkehren sollten. Man wäre zwar mit ihren Leistungen sehr zufrieden und hätte sie gern weiter beschäftigt, doch wenn sie bei Lonnar erst wieder einen halben Tag gearbeitet hätten, könnten sie wieder eingestellt werden. Darauf frugten die betreffenden Arbeiter bei der Firma Lonnar wieder um Arbeit an, wurden aber mit dem Bemerkten abgewiesen, daß für sie keine Arbeit vorhanden sei. Nun, die Arbeiter glaubten, auf diesen Bescheid hin wieder auf dem Eisenwerk in Arbeit treten zu können, aber weit gefehlt. Es wurde den Arbeitern gesagt: Sie möchten sich nur an die Agitatoren Tausch und Schneider wenden: „So gut Ihr einen Verband habt, haben auch wir einen.“ Nun, Ihr Arbeiter Dülkens, hinein in die Organisation, schließt Euch Mann für Mann derselben an, nur dann kann diesem übermüthigen Fabrikantenthum die Spitze geboten werden.

**Dortmund.** In der Versammlung der allgemeinen Verordnungsstelle am 8. Juli wurde nach dem Bericht des Kassiers Bericht von der Gewerkschaftskonferenz in Mühlheim a. d. R. erstattet. Die Beschlüsse der Konferenz wurden gutgeheißen und nachfolgende Resolution mit 82 gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Konferenz in Mühlheim a. d. R. einverstanden, erklärt aber, daß die haarsträubenden Miß-stände auf den einzelnen Fabriken nur dann der Deffentlich-keit übergeben werden können, wenn wir eine unabhängige Person hier am Orte haben. Der Verband hat verjuchts-weise für die Vertrauensperson den wüthigen Unterhalt zu gewähren.“

**Zinsburg.** Da die hiesigen Klempner eine Sektion gründen, mußten wir zur Renewahl eines Kassiers schreiben. Es wurde Kollege Meinede, Müßelschtr. 37, gewählt. Ueber die Müllener Konferenz erstattete Lewes Bericht. Zum Vertrauensmann im Ruhrbezirk wurde Düwell-Essen in Vorschlag gebracht.

**Görlitz.** Die Verhältnisse in der Görlitzer Maschinen-bauanstalt lassen sehr viel zu wünschen übrig. Obwohl die Akkordarbeit vorherrscht, wird eine großartige Antreiberei beliebt. Trotzdem bleibt der Verdienst ein geringer. Im Stundenlohn sind Schlosser mit 22 A nicht selten. Auch wird das Kolonnen-system nach und nach eingeführt, bei dem der Führer von jedem ihm unterstellten Arbeiter 14täglich 4 1/2 erhält. Ein erst kürzlich eingestellter Schlossermeister will sich offenbar durch Lohnreduktionen nach oben hin beliebt machen. Einige Beamte leisten in Schimpfreden gegen die Arbeiter Aufsehen. Daß es in der Bude so aus-sieht, daran tragen die Arbeiter selbst die Schuld. Ein Theil ist bei den Hirsch-Dumactionern, die sich bekanntlich Alles gefallen lassen. Kollegen, rafft Euch endlich auf und schließt Euch dem D. M. V. an.

**Groitzsch.** Am 8. Juli fand im Saale der grünen Aue eine öffentliche Metallarbeiter Versammlung statt. Kol. Kramer-Leipzig referirte über: „Die Kämpfe der Arbeiter in der Gegenwart und was lehren sie uns?“ In der Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung spricht über das Verhalten des Vorstandes des D. M. V. ihre schärfste Mißbilligung aus, weil der Vorstand auf Antrag des Fabrikanten Stengler die Sperre aufgehoben hat, ohne den Bevollmächtigten von Groitzsch um Anstufung über die Stellung der Kollegen am Orte zu fragen.“ Ein Antrag, die Sperre weiter bestehen zu lassen, wurde angenommen, desgleichen ein Antrag, den streikenden Formern in Leipzig 15 A zu bewilligen.

**Sachsenburg-Bohneim.** Am 13. Juli tagte auf der Gasthausung eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, die sich mit den Verhältnissen der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg-Augsburg befaßte. Der Referent Grafweg besprach zunächst eine Anfrage der Nürnberger Kollegen: Wie es mit der Lage am hiesigen Werke sei, da die Fabrikleitung große Anstrengungen mache, Arbeiter aus Nürnberg hierher zu verschicken. Referent verliest auch die Antwort, die er den Kollegen habe zugehen lassen und wurde dieselbe als sehr zutreffend befunden und nur bedauert, daß sie nicht etwas schärfer gefaßt war. Es wurde beschlossen, auch den Augs-burger Kollegen einen Bericht zu übermitteln. Sodann wurde vom Chairman des Ausschusses Bericht erstattet über die Verhandlungen des Fabrikantenschiffes mit der Fabrik-

leitung über die von uns eingereichten Forderungen. Auf eine Lohnaufbesserung von 15 Prozent könne sich die Fabrik-leitung nicht einlassen, es sei im Jahre 1897 der Lohn um 33,000 A und im Jahre 1898 um 33,000 A erhöht worden. Die Bewilligung der 15 Prozent würde der Fabrik eine jährliche Mehrausgabe von 176,000 A ausmachen und könne sie dieses nicht leisten. Was den Minimallohn von 30 resp. 35 S per Stunde betrifft, so würde sie derselbe jährlich mit 89,000 A belasten, wovon allein 52,000 A auf Brücken- und Hochbau fallen. Es wurde seitens der Direktion versprochen, an besonders tüchtige Arbeiter wie bisher Lohnzulagen zu gewähren. Was das Einhalten eines Wochenlohnes betrifft, so wurde die Aufhebung dieses verweigert. (Der Vor-tragende führte dazu aus, daß es in einem so großen Geschäftsbetriebe behufs genauer Geschäftsführung unbedingt nöthig sei, daß die Arbeiter der Firma einen Wochenlohn pumpen.) Die Aushändigung der Akkordzettel wurde ver-sprochen, jedoch von der Ausarbeitung eines Tariffs für Massenartikel Abstand genommen, da die Betreffenden nicht wußten, was das sei. Bei „Beschränkung der Ueber-stunden“ führte im Ausschusse ein Vertreter des Hochbaues aus, daß sie ja nicht mehr Lohn verlangten, sondern nur mehr Ueberstunden machen wollten, um Biergeld zu bekommen. (Der Mann hat selbst in der Versammlung, in der Kollege Wassisch referirte, für unsere sämtlichen Forderungen gestimmt. Daß bei solchen Verhältnissen die Direktion sich nicht bewegen fühlen kann, Zugeständnisse zu machen, versteht sich.) Nachdem noch eine Forderung betreffs der Kranken-kasse dem betr. Vorstande überwießen wurde und die Ver-treter der Schmiede des Wagenbaues (Mitglieder des Zentral-verbandes deutscher Schmiede) noch ein besonderes Loblied auf ihre verbesserten Akkordsätze angestimmt, sowie ihrer Zufriedenheit Ausdruck gegeben hatten, stellte sich bei der Ab-stimmung über die Forderungen die schönste Harmonie heraus, nur die 2 Vertreter der Schlosserei des Wagenbaues bildeten eine rühmliche Ausnahme. Nachdem noch der Herr Direktor es für gut befunden, den Ausschuß zu ersuchen, sich der un-erfahrenen jugendlichen Kollegen anzunehmen und sie vor den „unberufenen Agitatoren und Hekern“ zu warnen, schloß diese denkwürdige Ausschlußsitzung. — So weit die Ausführ-ungen des Ausschußberichterstatters. Schreiber dieses war so gerührt davon, daß, wenn der leidige Kollektenparagra-ph nicht wäre, er sofort eine Kollekte für die nothleidenden Kapitalmagnaten eingeleitet haben würde. — Nachdem noch einige Kollegen zur Sache gesprochen und zum Theil ihrer Bewunderung Ausdruck gegeben hatten, ergriff der Referent das Wort, um auf die Ausführungen des Ausschußmitgliedes näher einzugehen: Was die Ausführung über Lohnreduktionen von 33—38,000 A in den Jahren 1897—98 betrifft, so sei zu erwidern, daß ja auch die Arbeiterzahl in diesen Jahren bedeutend gestiegen ist, die diese Erhöhungen wieder kompen-siren. Von der Erhöhung der Löhne der sogenannten besseren Arbeiter haben gewöhnliche Arbeiter wenig verspürt; wenn noch so weiter „erhöht“ wird, werden sie bald gar nichts mehr bekommen. Was den Minimallohn von 30 resp. 35 S anbelangt, so beweisen die Ausführungen der Direktion, daß die Einführung desselben der Fabrik eine jährliche Mehrausgabe von 89,000 A verursache, an denen allein Hoch- und Brückenbau mit 52,000 A partizipiren, weiter nichts. — Es muß in diesen Messorts schlechte Löhne gezahlt werden, die der Aufbesserung dringend bedürftig sind. Das Einhalten eines Wochenverdienstes sei namentlich für fremde zugereiste Kol-legen eine Einrichtung, daß man gar nicht begreifen könne, wie ein denkender Mensch ihr zustimmen könne. Der Ar-beiterausdruck sei doch in erster Linie berufen, das Interesse seiner Mauda tgeber, nicht das der Firma zu vertreten. Wenn die Schreibereien sich dadurch zu sehr häufen, so möge die Leitung doch noch einige Schreiber einstellen. Sodann wundert sich Referent über das schwache Auffassungsvermögen von Direktion und Ausschuß, daß diese den Ausdruck „Massen-artikel“ nicht kapiren. Allerdings: Drahtstifte, Stecknadeln u. werden nicht fabrizirt, aber z. B. gibts im Wagenbau Klungen, Schürriegel, Buffer, Zugstangen usw., und in der Ressel-schmiede werden Rätze per Meter gestemmt, Rieten nach Stück geschlagen und gestemmt, es werden Kammer und Stügen gebogen und geschweißt usw. Das sind die Massen-artikel, die wir im Auge hatten und soll das Anshängen des Tariffs dafür verhindern, daß heute Hans so viel für die Arbeit bekommt, und wenn Etwas verdient wird, Kund morgen knapp die Hälfte. Das Gebahren der Ueberstundenanaiter geizelte Referent in gebührender Weise und wies nach, daß gerade die Ueberstunden das Hinderniß einer Lohnreduktion sind, indem man bei entsprechenden Anträgen die stereotype Antwort erhält: „Macht doch Ueberstunden!“ Der Referent ermahnte die Kollegen, sich trotz des ausnehmenden Mißerfolges nicht beirren zu lassen, sondern unentwegt weiter thätig zu sein zur Erreichung unserer Ziele, es würden nach Erfark-ung der Organisation diese Forderungen bedeutend erweiter-t und auch etappenweise erzwungen werden. Trete nur Jeder der Organisation bei! Dem Arbeiterausdruck kann noch der Rath erteilt werden, nicht allein die Jugend vor „Agita-toren und Hekern zu behüten“, sondern auch dafür zu sorgen, daß der Herr Direktor behütet wird vor solchen. Denunzianten und Speichelleckern und derartigen Ehrenmännern, denn die Agitatoren und Heker stehen im vollsten Lichte der Deffent-lichkeit, während Jene im Finstern schleichen!

**Hamburg.** Mitgliederversammlung am 27. Juni bei Schwaff. Der bisherige Bevollmächtigte erklärt, daß er die Arbeit nicht mehr bewältigen könne und bittet, an seiner Stelle einen Anderen zu wählen. Die hierauf erfolgte Wahl fällt auf Junge. Schulz führt aus, daß seit dem Zusammen-schluß der einzelnen Sektionen am 1. Januar 1898 das Bezirkskassierersystem hier eingeführt ist. Es sind circa 60 Kassierer vorhanden, jedoch wird das Kassiren nicht so be-trachtet, wie es der Fall sein sollte. Seit dem Zusammen-schluß sind 2500 Mitglieder aufgenommen, jedoch ist wieder ein großer Theil davon verloren gegangen, da einzelne Bezirke mitunter gar keinen Kassierer haben oder von dem vorhandenen Kassierer der Bezirk nur zur Hälfte besorgt wird und dadurch die Mitglieder verloren gehen. Deshalb stellt die Ortsverwaltung den Antrag, vier befohlene Kassierer mit einem wüthentlichen Gehalt von 33 A anzustellen. In der Diskussion sprechen Brandt, Sturm, Fiedler und Junge für den Antrag, Sievers dagegen. Bischoff meint, man solle acht Kassierer anstellen und 12 A bis 14 A pro Woche be-zahlen, und zwar kleine Geschäftskleute dazu nehmen. In der hierauf erfolgten Abstimmung gelangt der Antrag der

Ortsverwaltung mit großer Majorität zur Annahme. Ferner wird beschlossen, pro Monat 10 A Extrabeitrag pro Mitglied zu erheben. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß sich die Kollegen, welche auf einen Kassierposten reflektieren, im Bureau, Gänsemarkt 85, 1. Etage, schriftlich zu melden haben. Es wird eine neungliederige Kommission gewählt, welche die eingegangenen Gesuche prüfen soll und einer in nächster Zeit stattfindenden Versammlung die Bewerber zur Wahl vorzuschlagen hat. Hierauf schluß der gut besuchten Versammlung.

**Oggersheim.** Am 1. Juli sprach Kollege Kipp aus Ludwigshafen in unserer Mitgliederversammlung über den Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen. Eine Resolution gegen die Zuchtshausvorlage fand einstimmige Annahme. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, worunter sich auch viele Nichtmitglieder befanden, der Organisation beizutreten, um so mit vereinten Kräften dafür einzutreten, daß ein derartiges Vorgehen gegen die Organisation von Seiten der Regierung in Berlin sowie von der Nebenregierung an der Saar für immer unmöglich werde. — Die in der Maschinenfabrik Gebr. Sulzer in Ludwigshafen sowie in Frankenthal beschäftigten Arbeiter fühlen sich wahrscheinlich auf Rosen gebettet, da sie sich unserer Organisation so fern halten. Zuletzt bedauern wir noch, daß die Arbeiter in der Maschinenfabrik Schütze und der Baumwollspinn- und -Weberei in Oggersheim so schlecht organisiert sind.

**Oldesloe.** Ein Vorfall, der so recht beweist, wie verhaßt der organisierte Arbeiter bei den Unternehmern ist, besonders wenn er in der Arbeiterbewegung eine Vertrauensstellung einnimmt, ereignete sich kürzlich in den hiesigen Fahrradwerken vormals Dürrkopp u. Co., Bielefeld. Am 26. Juni wurden 4 der ältesten Arbeiter plötzlich ohne die geringste Angabe von Gründen entlassen, trotzdem dieselben teilweise schon seit dem Bestehen der Fabrik beschäftigt und bei ihren direkten Vorgesetzten den Ruf als gute brauchbare Arbeiter genossen. Der Obermeister erklärte dem Einen noch auf diesbezügliche Anfrage: es thut mir Leid, ich kann Ihnen keine Antwort geben, aber mit Ihrem Betragen und Leistungen bin ich sehr zufrieden; einem Anderen wurde kurz vorher gesagt: ich hoffe, wir werden noch recht lange miteinander arbeiten; der Dritte war ein in der Fabrik zum einarmigen Krüppel gewordener Kollege, dessen Knochen jetzt zerbrochen und der demnach nicht genug Dividenden mehr herauszuschlagen helfen kann. Wie dieser Krüppel jetzt sein Brod findet, was geht das den Herrn Direktor Dürrkopp an? Daß dieser Herr damals nach dem Unglücksfall versprach, für den Arbeiter zu sorgen und auch seine Wiederaufnahme in der Fabrik anordnete — das war vom Standpunkte der menschlichen Humanität eigentlich selbstverständlich. Und jetzt? Auf Befragen, weshalb er eigentlich entlassen sei, äußerte der Direktor Dürrkopp: „Wegen Mangel an Arbeit!“ — fertig! Weg damit! Aber warum werden denn nicht jüngere Leute, wie es doch sonst hier Brauch ist, die erst ein oder mehrere Wochen gearbeitet, entlassen? Warum der Krüppel? Warum die Familienväter, die am längsten von allen Arbeitern beschäftigt waren? Warum wurde schon am 1. Mai ein Kollege entlassen mit dem Bemerkten, er agitiere so sehr für den Verband? Die Beantwortung dieser Fragen ist sehr leicht: die so Gemahregelten waren organisierte Arbeiter, die überall für das Klasseninteresse der Arbeitsflaven eintreten; dies lag der Fabrikleitung jedenfalls schwer im Magen und um den heimlichen Wünschen verschiedener Oldesloer Bürger Rechnung zu tragen und zugleich um ein Exempel zu statuieren, wurden die Kollegen einfach auf die Straße geworfen in der Hoffnung, der Organisation und der Arbeiterbewegung hier am Orte das Lebenslicht auszublauen. Gegen verschiedene der entlassenen Kollegen war nämlich schon früher eine Denunziation beabsichtigt, indem bei dem früheren Bevollmächtigten des hiesigen Gewerkschaftskartells, Schneider Linke, ein Brief adressiert an Herrn Direktor Dürrkopp-Bielefeld gefunden wurde, des Inhalts, die und die Kollegen seien die größten Pöbel und Agitatoren für den Metallarbeiter-Verband, demgemäß u. s. w. Von diesem H. Linke, der keine genügende Aufklärung über die Herkunft des Briefes geben wollte oder konnte, wurde angenommen, er sei selber der Schreiber desselben und wurde er demgemäß aus den Arbeitervereinen ausgeschlossen. Noch ein anderer Vorfall beweist, daß die Entlassung der Kollegen mit einer Denunziation zusammenhängt. Mehrere hiesige Arbeitervereine hatten wegen entdauender Zwiseigkeiten mit dem Wirth des bisherigen Versammlungslokales, Kuhl's Zentral-Perberge in der Hagenstraße, ihre Versammlungen nach dem früheren Vereinslokal Schlüters Wirtschaft, Pferdemarkt, verlegt. Am Sonntag Morgen vor der Maßregelung fand mit der früheren Wirthin, der Frau Kuhl, eine Zusammenkunft statt zwecks Schlichtung der Streitigkeiten über ihr Lokal. Hierbei fielen von Seiten der Frau Kuhl Worte, aus denen man entnehmen konnte, daß sie fähig sei sich auf irgend eine Weise zu rächen, zudem hatte dieselbe schon früher Klüßdrücke gebraucht wie z. B.: Ich kenne die Herren, ich werde ihnen das schon denken, oder ein ander mal: ich will ihnen das schon beimzahlen. Der obengenannte Herr Linke äußerte sich an diesem selben Sonntag Abend (also am Abend vor der Entlassung) noch: Die werden bald verschwinden wie die Schneeflocken. Was ja dann eingetreten ist. Die auswärtigen Kollegen werden nun ersehen haben, wie die hiesigen Fahrradwerke vorm. Dürrkopp u. Co. mit den Arbeitern, die für ihr Interesse eintreten, verfahren und daraus die nöthigen Schlüsse ziehen. Die ortsanfässigen Kollegen aber ersehnen wir, ferner noch mehr für den Verband zu agitieren als bisher; es bleibt eben noch viel zu wünschen übrig, sonst könnte den Herren ein ganz anderes Licht aufgesteckt werden. Angesichts Zuchtshausvorlage, Denunziantenthum und Hungerepeithie müssen wir noch energischer weiter kämpfen für die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus.

**Potsdappel.** Ende April dieses Jahres streikten die Schlosser und Dreher der Sächsischen Gußstahlfabrik zu Döhlen. Die Forderung derselben ging dahin, die Nachtschichten zu beseitigen und für sich nöthig machende Ueberstunden und Nachtschichten einen Zuschlag von 15 Proz. zu gewähren. Nach kurzer Zeit wurde bewilligt, die Nachtschichten und Ueberstunden abzuklassen. Zwei der damaligen Arbeitswilligen machen die Sache nun so: einer macht Nachtschicht und einer arbeitet am Tage. Letzterer sieht nun darauf, daß die Arbeit, die der Beaufsichtigung bedarf, mdglichst den Tag über fertig gestellt wird, und der, der nach-

arbeitet, läßt dann die Drehbank des Ersteren mit gehen, und umgedreht wird von dem Andern dasselbe Spiel getrieben. Was dabei herauskommt, abgesehen von dem moralischen Schaden, sei an einem Beispiel angeführt. Für eine bestimmte Arbeit gibt es einen Lohn von 6 Mk. Diese beiden Arbeitswilligen arbeiten nun zwar auch nur ihre zehn Stunden wie Andere, doch wird das bestimmte Stück Arbeit, an dem ein anderer tüchtiger Arbeiter mindestens 13 Stunden arbeiten muß, in 10 und noch weniger Stunden fertig gestellt. Zu welchen Zuständen dies führt, braucht wohl nicht näher dargelegt zu werden. Es kommt auch zuweilen vor, daß einer von den Beiden 24 Stunden hintereinander arbeitet. Aber auch einzelne Leute, die selbst erst mitgetreift, entblöden sich nicht, entgegen den Versprechungen der Direktion wieder Ueberstunden und Nachtschichten zu machen (ohne Zuschlag natürlich). Einer hat sogar die Direktion erjucht, ihm zu gestatten, die Pfingstfeiertage „herauszuarbeiten“, was jedoch verweigert wurde. Für diejenigen, die sich nicht als Schädiger der Sache hergeben, werden andere Arbeiter eingestellt unter der Bedingung, daß sie nur des Nachts arbeiten. Ob die Direktion über diese Dinge unterrichtet ist oder nicht, sind wir nicht in der Lage zu berichten.

**Zaalfeld a. S.** Zur Regelung der Löhne und Arbeitszeit fanden für die Arbeiter von Auerbach und Scheibe zwei gutbesuchte Werkstattversammlungen statt. Zwei Mann von der Kommission wurden entlassen, worauf ca. 250 Mann ihre Kündigung einreichten. Bezug ist streng fern zu halten!

**Schmiede.**

**Nürnberg.** Die Sektion der Schmiede hielt am 8. Juli eine außerordentlich zahlreich besuchte Mitglieder-versammlung ab mit der Tagesordnung: Beschlußfassung über die von uns an die hiesigen Schmiedemeister gestellten Forderungen. Da die Herren Schmiedemeister es bis jetzt noch nicht der Mühe werth gefunden haben, den Gehilfen auf ihre Forderungen eine Antwort zu ertheilen, so sehen sich dieselben veranlaßt, energisch Stellung zu nehmen. Die Meister haben nämlich mit dem Gehilfenausschuß eine gemeinsame Sitzung abgehalten, die jedoch resultatlos verlief, indem die Meister erklärten, die Sektion der Schmiede nicht anerkennen zu wollen. Es wurde von den Meistern hauptsächlich die Schuld auf die Gehilfen geschoben, diese sollen Schuld sein, daß namentlich außerhalb der Ringmauer noch 74 Stunden gearbeitet wird. Weiter führten die Meister noch aus, daß sich „die Gehilfen um ihre Schlafstelle bei den Meistern noch reizen.“ Da nun in dieser Woche auch gerade die Meister ihre regelmäßige Zunftversammlung abhielten, wurde von unserer Seite den Herren abermals eine Zuschrift übermittelt mit dem Bemerkten, daß sich die Herren Meister bis spätestens 7. Juli erklären möchten, ob sie unsere Forderung anerkennen wollen, da wir am Samstag, den 8. Juli, eine Versammlung einberufen haben, um event. über einen Streik abzustimmen. Hierauf sahen die Herren Meister die Forderung doch etwas näher an und setzten dieselbe auf die Tagesordnung ihrer Versammlung. Daß es da gerade nicht gemüthlich zuging, zeigte der Madan, welcher bisweilen eintrat. Wie uns nun mitgetheilt wurde, hat sich hauptsächlich Herr Maier große Verdienste um die Sache der Meister erworben. Er, der vor einigen Jahren noch mit uns Schulter an Schulter gekämpft hat und stets an der Spitze der Verwaltung stand, erklärte, die Maßregeln müsse man sofort auf das Pfaster werfen und keinen mehr einstellen. Kurz diese Versammlung verlief ebenfalls resultatlos. Dem Gehilfenausschuß wurde hierauf eine Zuschrift zugesandt, die dahin lautet, daß für die Meister die Forderungen schon beim Streik 1897 erledigt worden seien. Die Gehilfen beschloßen dann, sofort in den Streik einzutreten. Ausständig sind bis jetzt zirka 65 Gehilfen.

**Zingießer.**

**Nürnberg.** Zur Zingießerbewegung kann konstatiert werden, daß die eingereichte Forderung zwecks Reduktion der Arbeitszeit von 56 auf 52 Stunden seitens der Mehrzahl der Meister genehmigt wurde. Einige dieser Herren haben noch nicht bewilligt, so daß noch 7 Mann ausständig sind.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg.)**

**Abrechnung der Hauptkasse pro Juni 1899.**

Einnahme. Kassenbestand vom Mai 1,000,909,21 Mk. Von Rachen 150. Adlerhof 100. Alendrade 40. Alt-Chemnitz 100. Altwasser 40. Augsburg 500. Barnbeck 200. Bayenthal 150. Beed 150. Beurath 200. Berlin IX 500. Bilk 300. Birlinghoven 50. Bischheim 180. Bochum 350. Bremerhaven 70. Breslau 300. Bünde 60. Cöln-Süd 400. Cöthen 50. Cotta 200. Deuben 200. Deutz 200. Dinlaken 100. Dorp 100. Dortmund 350. Dresden-Neustadt 200. Ehrenfeld 200. Elpe 200. Eisen a. d. R. 200. Eplingen 150. Fernersleben 200. Flensburg 650. Flöngern 800. Frankenthal 200. Friedrichstadt-Magdeburg 100. Fürstentwalle 250. Gaggenau 200. Großauheim 150. Hagsfeld 100. Halle a. d. S. 400. Hamm a. d. L. 500. Haspe 200. Heidingsfeld 200. Hennef 100. Höchberg 100. Hof 30. Kiel 150. Laar 150. Lammerspiel 100. Landsberg a. d. W. 80. Lemsdorf 100. Linden 200. List 200. Ludenwalde 50. Ludwigshafen 120. Ludwigshafen 100. Mainz 200. Marktshorgast 50. Mühlhausen i. Th. 300. München-Gladbach 100. Nieze 90. Rippes 100. Nürnberg 1200. Offenbach a. M. 300. Offenbach 100. Pegnitz 50. Plauen 140. Plethenburg 180. Potschappel 150. Radebeul 100. Randersacker 100. Rastatt 100. Ravensburg 50. Regensburg 200. Reiskirchen 50. Reinscheid 200. Reutlingen 150. Roggort 100. Saarbrücken-Malstatt 150. Saargemünd 50. Schweinfurt 100. Siegburg 100. Siegen I 350. Siegen II 150. Sieglar 60. Söllingen 80. Spandau 600. Sürth 60. Tegel 400. Thale a. H. 200. Ringitz 100. Wehlheim 100. Wilhelmshaven 400. Weddersleben 100. Beitrittselder 2. Beiträge 543,10. Bon H. Branten, Hemer 15. Zinsen 2976,26. Von Berufsgenossenschaften 150. Sonstige Einnahmen 28,48. Summa 1,023,054,05 Mk.

Ausgabe. Nach Kalen 100. Affeln 100. Altenburg 100. Altendorf 1 400. Annweiler 160. Arnstadt 50. Aschaffenburg 100. Auerbach 20. Bergedorf 100. Berlin VI 600. Berlin X 100. Bepdorf 50. Brade a. d. W. 20. Braun-

schweig 400. Bruchsal 50. Brühl 75. Bulach-Beiertheim 100. Charlottenburg 200. Cöln-Nord 100. Eberswalde 100. Eisenburg 50. Elbing 120. Friedrichsfeld 100. Fröndenberg 80. Gmünd in Württemberg 100. Göttingen 125. Großenbaum 50. Gröbningen 100. Halben 60. Hamburg, inn. Stadt 100. Hamburg-Dothenburgort 120. Hedernheim 100. Heshheim 60. Hilben 50. Hochfeld 200. Hörbe 100. Kall 200. Kleefeld 75. Laufach 70. Pechhausen 200. Leipzig-Grützsch 150. Magdeburg 200. Mannheim-Waldhof 80. Meißen 100. Menden 140. Mörzsch bei Frankenthal 50. Mörzsch bei Karlsruhe 100. Mühlheim a. M. 50. Münden 30. Neckarau 250. Neheim 150. Neu-Flensburg 50. Niefern 80. Oberbill 200. Oberpesterwitz 100. Oertrab 200. Oberstein 100. Obersthausen 50. Ostersheim 50. Osnabrück 200. Radeberg 75. Rodentkirchen 250. Röllsdorf 60. Ruppur 60. Rütterscheid 160. Schlaben 50. Schüllbrom 150. Seckenheim 100. Siegburg 60. Stettin 80. Stolberg in Rheinland 75. Urberach 120. Vörde 50. Wöhminkel 100. Weingarten bei Karlsruhe 100. Wendelstein 50. Wersten 100. Wippenhausen 150. Zwickau 100. Krankenberg an: F. Bergner, Röhrenbach 55,20. C. Cülar, Wittenberg 16,10. J. Daudert, Pfaffenborn 61,05. D. Heerflog, Hausdorf 14. F. Herschel, Rähniß 39,10. J. Höpfer, Hoppfpringe 14. S. Huber, Martmühl 23. H. Jähniß, Rieckshausen 34,50. C. Kunst, Spruchhövel 48,30. Th. Lanmer, Berned 55,20. M. Majuschemski, Kl. Maranjen 12,95. C. Pieplow, Wismar 20,70. S. Rose, Lina 22,20. Th. Schmeier, Sossbed 55,20. F. Secker, Mettmann 13,80. Th. Seitz, St. Wendel 85,10. E. Sprenger, Meerane 29,90. H. Wunich, Luckenwalde 24,05. Sterbegeld für F. Herschel, Rähniß 75. Gehälter der Hauptverwaltung 1085,10. An die Revisionskommission 152,20. An den 1. Vorsitzenden zum Tuberkulosen- und Krankentassen-Kongreß in Berlin 98,45. Drucksachen 249. 6 Blechkisten 30. Stempel 27. Porto, Paß- u. Schreibmaterial 285,78. Summa 11,841,88 Mk.

Bilance.  
Einnahme 1,023,054,05 Mk.  
Ausgabe 11,841,88 „

Kassenbestand 1,011,212,17 Mk.

C. Gutenueth, Hauptkassirer.

Berichtigung. In der Mai-Abrechnung in Nr. 25 der Zeitung muß es nicht heißen: Kassenbestand vom April 997,981,19 Mk., sondern 997,881,19 Mk.

C. Gutenueth, Hauptkassirer.

**Rundschau.**

Die Lage des Arbeitsmarktes zeigte im Juni ein ähnliches Gepräge wie im Mai. Die merkwürdige Erscheinung, daß gerade der günstige Stand der Geschäfte stellenweise Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, dauerte an. Da die Kohlen- und Eisenwerke den an sie herantretenden Forderungen nicht mehr genügen können, so wirkt Kohlen- und Roheisenmangel lähmend auf einzelne Industrien, und schon die bloße Gefahr des Stillstehens bringt ein Moment der Unruhe in das gewerbliche Leben. Trotzdem überwiegen noch die günstigen Momente. Bei den Krankentassen, deren Mitgliederbestände in der Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlicht sind, hat im Laufe des Juni die Zahl der beschäftigten Arbeiter sich ein wenig erhöht (um 0,5 Proz.), während im Vorjahre der Bestand noch nicht einmal ganz auf gleicher Höhe geblieben war. Die Arbeitsnachweise können nicht soviel Arbeiter beschäftigen, wie von ihnen verlangt werden. Auf 100 ausgebotene offene Stellen kommen nur 93,6 Arbeitsuchende (gegen 113,0 im Juni vorigen Jahres). Von 60 Arbeitsnachweisen, welche an die genannte Zeitschrift vergleichbare Daten einschickten, weisen im Vergleich zum Juni vorigen Jahres 40 (nebst 3 ausländischen) eine Abnahme und nur 16 (nebst ein ausländischen) eine Zunahme des Andranges auf.

Abnahme: Posen, Breslau, Frankfurt a. O., Berlin, Kiel, Erfurt, Gera, Osnabrück, Münster, Eberfeld, Düsseldorf, Köln, M.-Gladbach, Aachen, Kreuznach, Wiesbaden, Mainz, Darmstadt, Worms, Straßburg, Heidelberg, Lahr, Freiburg, Schopfheim, Vörsch, Müllheim, Karlsruhe, Konstanz, Stuttgart, Cannstatt, Ludwigshafen, Eßlingen, Göttingen, Schw. Hall, Heilbronn, Ravensburg, Ulm, Würzburg, Augsburg, München. — (Reichenberg, Graz, Bern.)

Zunahme: Hamburg, Halle a. S., Queblinburg, Hannover, Bielefeld, Dortmund, Essen, Frankfurt a. M., Gießen, Kaiserlautern, Offenburg i. B., Mannheim, Forzheim, Reutlingen, Fürtth, Nürnberg. — (Brünn.)

Die monatliche Ermittlung des Mitgliederbestandes bei den Krankentassen wird in der Regel durch Auszählung bewirkt und ist eine mühevoll Arbeit. Bei der größten deutschen Ortskrankentasse, der in Leipzig, besteht ein einfaches Verfahren, das in jedem Augenblick die sofortige Ermittlung gestattet: die „Forttschreibung“ in einer Tabelle, welche täglich die Anmeldungen zuzählt und die Abmeldungen abzieht. Eine noch einfachere Art ist die Vernehmung der An- und Abmeldeformulare mit fortlaufenden Nummern. Sowohl das Forttschreibens- wie das Nummerierungssystem sind in der neuesten Nummer der Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ ausführlich beschrieben. Das erstere besteht außer in Leipzig auch schon bei einer großen Reihe von Krankentassen in Berlin, Lübeck, Hamburg, Köln, Frankfurt a. M., Stuttgart u. a. m.

Den **Siedel-Dunder'schen Gewerkevereinen** in Duisburg ist am 9. Juli eine große Ehre widerfahren. Dieselben feierten ihr erstes Verbandsfest und hatten hierzu, wahrscheinlich um sich nach Oben hin in ein günstiges Licht zu stellen und ja nicht in den Geruch des „Umsturzes“ zu kommen, die städtischen Behörden eingeladen. Als Vertreter der Letzteren war dann auch der Polizeikommissar Herr Zeige, zur Freude der Mitglieder, wie der „G.-Anz.“ berichtet, erschienen. Mit dem Feste fand auch gleichzeitig die Fahnenweihe des Ortsvereins der Tischler statt. Bei der Flagelung dieser Fahne hielt nun der Polizeikommissar eine große Rede. Daß in solchen Reden auch stets gegen den Umsturz zu Felde gezogen wird, ist ja etwas althergebrachtes, und auch unser Polizeikommissar ließ sich dieses natürlich nicht nehmen. Er sagte unter Anderem: „Haltet treu zu der von Gott eingesetzten Obrigkeit, indem Ihr darauf haltet, die Erreichung Eurer Ziele nach dem Inhalt Eurer Statuten nur auf streng gesetzlichem Wege zu erstreben und als ordnungs-

Liebende Staatsbürger und Patrioten ein Gegengewicht zu bilden gegen die dunkeln Mächte, welche sich thörichterweise schaden, das Wohl der Menschheit durch den Umsturz der bestehenden Ordnung erreichen zu können. — Wie mag den braven Hirsch-Dünker'schen Knappen das Herz im Leibe gelacht haben, daß sie aus so hohem Munde dazu auferstehen werden, als ordnungsliebende Staatsbürger und Patrioten ein Gegengewicht gegen die „dunklen Mächte“ zu bilden. Nun werden sie es wahrscheinlich nicht mehr wagen, Protestversammlungen gegen die Zuchthausvorlage einzuberufen u. s. w., sondern sie werden fortan nur noch mit der Polizei Hand in Hand ausziehen zum Kampfe gegen die dunklen Mächte des Umsturzes, die Sozialdemokratie, und diese wird nun wohl bald mit ihrer thörichten Einbildung aus Duisburg verschwinden. Den Sinn dessen, daß man ihnen als Vertreter der Stadt den Polizeikommissar schickt, werden die braven Hirsche wohl gar nicht verstehen.

**Der bekehrte Blohm.** Unter dieser Spitzmarke schreibt das Hamburger Echo: Es gibt Leute, deren Denken und Fühlen sehr stark von ihrem Besitz beeinflusst wird. Manches radikaler Habentia ändert seine Ansicht, wenn er zufällig zu einigem Besitz kommt. Wird er als großer Geschäftsmann Kommerzienrath oder etwas Aehnliches, dann muß er auch eine feinen Titeln und Orden entsprechende Ansicht über politische und soziale Angelegenheiten haben. Aehnliche Wandlungen scheint auch die Stimmung unseres Mitbürgers Hermann Blohm, in Firma Blohm und Sohn, durchzumachen. Am 20. November 1890 unterzeichnete er eine an den Reichstag gerichtete Petition des Arbeitgeberverbandes für Hamburg-Altona, in welcher gefordert wurde, daß die Ueberwachung und Durchführung der Schutzbestimmungen für das ganze Reich zu bildenden Berufsräthen übertragen werden solle. Es hieß in der Petition: „Die Berufsberufsräthe bestehen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, deren Wahlen nach ähnlichen Grundsätzen wie die Wahlen für die Schiedsgerichte der Berufsgenossenschaften erfolgen.“ Damals erkannte Herr Blohm noch eine gewisse Gleichberechtigung der Arbeiter an. Inzwischen ist die Werts von Blohm und Sohn erheblich vergrößert, sie hat das größte Schwimmdock; dazu passen die alten Ansichten des Herrn Blohm nicht mehr. Am 3. Juni d. J. waren die Delegirten des Zentral-Verbandes deutscher Industrieller versammelt und da trug Herr Blohm seine dem jetzigen Umfange seines Geschäfts angepaßten Ansichten vor. Er sagte u. A.: „Der paritätische Arbeitsnachweis ist ein Un Ding. Es gibt keine Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Arbeitsverhältnis. Vor dem Arbeitsverhältnis sind sie gleichberechtigt, sobald der Mann aber in seinem Kontrakt und sein Arbeitsverhältnis eintritt, dann ist er nicht mehr gleichberechtigt, denn der Arbeitgeber, der die ganze Verantwortung hat, der die ganzen Kapitalien riskirt, der seine ganze Erfahrung einsetzt, kann nicht gleichberechtigt sein mit dem Arbeiter, der absolut keine Verantwortung in dem Geschäft trägt. Die Verantwortung macht den großen Unterschied! Ich glaube, bei dem paritätischen Arbeitsnachweis ist der falsche Grundgedanke, daß die Parteien, die da vorhanden sind, gleichberechtigt sind. Das gibt es gar nicht, und der Beweis liegt in der Sache selbst.“

Da sieht man deutlich, wie es im Gehirn eines Großindustriellen rumort. Erst sagt Herr Blohm: Vor dem Arbeitsverhältnis sind sie gleichberechtigt. Also die Gleichberechtigung existirt, wenn der Arbeiter Arbeit und der Unternehmer einen Arbeiter sucht. Im Arbeits-Nachweis-Bureau treffen also die nach Blohms Ansicht noch „Gleichberechtigten“ zusammen. Blödsinn kommt Herrn Blohm aber doch wohl der Gedanke, daß der Feigste des größten Schwimmdocks zu demokratisch erscheint, wenn er überhaupt eine Gleichberechtigung zugeht, und so wirft er denn in demselben Athemzuge den eben aufgestellten Grundhieb wieder über den Haufen. Also 1890 mußten Arbeiter und Unternehmer noch als gleichberechtigte Faktoren die Durchführung des Arbeiterschutzes überwachen. Bis zum 3. Juni d. J. dauert die Gleichberechtigung noch so lange, bis der Arbeiter mit seiner Arbeit beginnt, und während Blohm zufällig eine Rede hält, ändert er wieder seine Meinung und befreit sich von jeder Gleichberechtigung. Es gibt kein besseres Material zur Aufhebung der Arbeiter als die Reden der Unternehmer. Der vornehmste Gegner des Kapitalismus bleibt bei jeder Schilderung der Unternehmer immer hinter der Wahrheit zurück.

**Wie ungenügend den Unternehmern das heutige Krankenversicherungs-Gesetz** und von welcher sozialpolitischen Weisheit sie bei der Kritik desselben durchdrungen sind, zeigt sich an einem Schreiben, welches der „Post. Ztg.“ von einem Arbeitgebervertreter im Vorstande einer Krankenkasse zugeht und in welchem folgende Anklagen ausgesprochen werden: „Was muß uns Arbeitgebern eine Beihilfung, wenn wir stets in der Minderheit sind? Das Gesetz schreiet nun einmal vor, daß die Arbeitnehmer stets die Zweidrittelmehrheit in der Delegirtenversammlung und im Vorstande hat, und diese Bestimmung benutzen die Arbeitnehmer, die Kassen für die sozialdemokratischen Bestrebungen unbrauchbar zu machen. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Diese Bestimmungen muß geändert werden. Wir Arbeitgeber wollen gern die Hälfte der Beiträge zahlen, aber auch dafür dieselben Rechte wie die Arbeitnehmer haben; ein unparteiischer Beamter des Magistrats oder einer ähnlichen Behörde muß dann den Vorsitz führen, wie bei den Gewerbevereinen und der Invaliditätsversicherung. Dann werden sich genügend Arbeitgeber finden, die mitarbeiten wollen — aber jetzt? Steht Auslos sein und nie kammer, ist ein unbrauchbares Geschäft. Ich habe das Vergnügen, seit 1893 Vorstandsmitglied einer Krankenkasse zu sein und weiß, wie schwer es ist, Arbeitgeber zu den Arbeitern heranzuziehen, und zwar nur aus dem Grunde, weil wir Arbeitgeber nur in der Minderheit sind.“ — Ob übrigens alle Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge so leichtfertig — in Wirklichkeit kommt es ja aus den Taschen der Arbeiter — opfern würden, wie dieser Briefschreiber, ist zu bezweifeln; obgen sie doch fortgesetzt über die Kassen, die ihnen die Alters- und Invaliditätsversicherung in Verbindung mit der Krankenversicherung aufbürdet.

**Der Verband der Deutschen Buchdrucker** hielt seine Generalversammlung in der Woche vom 19. bis 24. Juni in Mainz ab. Die Verhandlungen wurden eingeleitet mit der Erledigung der Geschäfte der Zentralinvalidenkasse, die

sich in Liquidation befindet. Der Kassenbestand ist vom Jan. 1895 von M 1,021,251,02 auf M 825,383,27 gesunken. Es sind 199 Invaliden zu unterstützen, wovon voraussichtlich M 455,710 gebraucht werden. Ueber die Verwendung des Restes wird nach Beendigung der Liquidation verfügt.

Die Generalversammlung des Verbandes war von 82 Delegirten besucht. Dem Geschäftsbericht des Vorstandes entnehmen wir: Die Befreiung der Arbeitslosen vom Beitrage und die Herabsetzung der Wartezeit zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung haben einen günstigen Einfluß auf die Organisation ausgeübt. Alsdann stizirt der Vorstand die 1896er Tarifbewegung, welche eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 9 Stunden effektiv (früher 9 1/2 Std.) und eine Erhöhung des Minimums um 50—62 1/2 S zur Folge hatte. Gegen die mit 3- bis 5jähriger Kündigung getroffene Vereinbarung wandte sich der damalige Redakteur des Verbandsorgans, indem er Vorstand und Gehilfenvertreter des Einverständnisses mit den wirtschaftlichen Gegnern verdächtigte; es fand in Folge dessen eine außerordentliche Generalversammlung in Halle statt, welche die Vereinbarungen („Tarifgemeinschaft“ genannt) gut hieß und den Redakteur absetzte, welcher darauf ein neues Gehilfenorgan gründete und deshalb mit einigen Anhängern aus dem Verbands ausgeschlossen wurde. Die Ausschließung gründeten eine neue Vereinigung, die „Gewerkschaft“, welche etwa 300 Mitglieder zählt. Der Verband hatte infolgedessen einen schwierigen Standpunkt, als auch noch mit einer etwa 1000 Mitglieder zählenden Arbeitswilligen-Organisation, dem sogenannten „Gutenberg-Bund“ zu rechnen ist. Ferner haben die Prinzipale in Anlaß des Streiks von 1891 eine Unterstützungsstafte für Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität gegründet, welche etwa 4000 Mitglieder zählt. Trotz aller dieser Schwierigkeiten ist die Zahl der steuernden Mitglieder vom 1. Januar 1895 bis Ende 1898 von 18,922 auf 26,377 gestiegen, während das Verbandsvermögen sich beträchtlich vermehrt hat. Dasselbe belief sich am 1. April 1895 auf M 578,197,13; der vorliegende Abschluß ergibt einen Bestand von M 2,106,822,89. Die im Dezember vor. J. angenommene Statistik ergibt 14,653 Nichtveränder. Es arbeiten im Allford zu tarifmäßigen Sätzen 5949 Gehilfen (1894: 4787), tarifwidrig 867 (1894: 906), in festem Wochenlohn über Minimum 16,606 (1894: 15,195), zum Minimum (M 21 ohne Sozialzuschlag) 8278 (1894: 5954), unter Minimum 4170 (1894: 5257). Lehrlinge wurden gezahlt 10,560, und zwar 8189 Seherlehrlinge (1894: 10,253) und 2371 Druckerlehrlinge (1894: 2223). Seherinnen 174 und 10 Lehrmädchen, sogenannte Volontäre 117. Sehermaschinen sind 114 vorhanden (gegenwärtig etwa 130). — An Reiseunterstützung wurde in dem vierjährigen Zeitraum M 501,899,55 gezahlt, Arbeitslosenunterstützung M 499,170,25, Umzugskosten und Gemäßregelungenunterstützung M 209,678,05, Krankenunterstützung M 137,489,03, Invalidenunterstützung M 538,172 (davon entfallen M 349,457 auf die liquidirende Invalidenkasse und M 188,715 auf die Verbandsstafte), Begräbnisgeld M 79,055,26. Mitglieder hat der Verband in 960 Druckorten (1894: 774). Au Darlehen an andere Organisationen wurden M 108,000 gewährt, welche bis auf 8000 M zurückgezahlt sind. Anständliche Buchdrucker erhielten an Unterstützungen M 32,179,45, andere Berufs M 31,037,40. Für das internationale Buchdruckersekretariat M 6529,80 verausgabte, die Generalkommission erhielt an Beiträgen M 9688.

Nach Erledigung des Vorstandsberichts nahm die Generalversammlung einstimmig eine Resolution an, in der Protest erhoben wird gegen die Zuchthausvorlage.

Anträge auf Einführung des Obligatoriums des drei Mal wöchentlich erscheinenden Fachorgans „Correspondent“ gelangten nicht zur Annahme; dagegen wurde beschlossen, den Abonnementpreis von 1 M auf 65 S herabzusetzen. Das Blatt hat 14,000 Abonnenten.

Betreffs der Unterstützungen wurde Folgendes beschlossen: Die Reiseunterstützung wird von 75 S (13 Wochen Wartezeit) auf M 1 bei 6wöchiger Karenzzeit und M 1 (50 Wochen) auf M 1,25 bei 7wöchiger Wartezeit pro Tag erhöht. Mitglieder, welche wegen Eintretens für den Tarif oder Verbands arbeitslos werden erhalten M 2 pro Tag ohne Karenzzeit. Die Arbeitslosenunterstützung beginnt bei 75 gezahlten Wochenbeiträgen (bisher 100) und beträgt M 1,25 täglich, von 100 Beiträgen ab beläuft sich die Unterstützung auf M 1,50. Ueber den Wegfall der sog. „Gauzschüsse“ (50 bis 100 S pro Tag) haben die Gauen zu entscheiden; Umzugskosten sollen in der Folge bei Mitgliedern mit eigenem Gehalt auch bei freiwilligem Umzug gewährt werden. Als Höchstbetrag werden M 100 festgesetzt und der Bezug nach Kilometern geregelt. Das Begräbnisgeld wird für Mitglieder mit mehr als 500 Wochenbeiträgen auf M 150, mit mehr als 1000 Beiträgen auf M 200 erhöht. Für Mitglieder, welche vor Zahlung von 13 Wochenbeiträgen sterben, wird Begräbnisgeld nicht gezahlt. Die Invalidenunterstützung wird für Mitglieder, welche 800 Wochenbeiträge über ihre Karenzzeit (5 bzw. 10 und 15 Jahre bei 200 bzw. 400 und 600 Beiträgen) geleistet haben von M 1 auf M 1,25 pro Tag erhöht. Die annähernde Mehrbelastung des Verbandes beruht sich wie folgt: Bei der Reiseunterstützung M 35,000, Invalidenunterstützung M 12,000, Arbeitslosenunterstützung M 60,000, Begräbnisgeld M 6000, Umzugskosten M 5000. Außerdem Erhöhung der Bezüge der Verwaltungsbeamten von 2 auf 3 Prozent der Einnahme, M 13,000, Verbilligung des „Correspondent“ (von M 1 auf 65 S) M 14,000, insgesamt M 145,000. Da im Jahre 1898 rund M 500,000 Ueberchuß erzielt wurden, so soll der Beitrag zur Verbandsstafte, wie bisher M 1,10 pro Woche betragen.

Bemerkenswert ist, daß der Beitrag bei Gründung des Verbandes im Jahre 1866 5 S pro Monat betrug.

Zur Tarifgemeinschaft wurde ausgeführt, daß an Stelle der sogenannten Buchdrucker als Kontrahent die Organisation, der Verband, treten müsse. Weiter wurde für wünschenswert erklärt, daß die Gleichstellung der Sozialzuschläge für Leipzig, Berlin und Hamburg gefordert werden müsse. Auch müsse der Ausnahmestrich, daß in Städten mit unter 6000 Einwohnern das wöchentliche Minimum auf 18 M herabgesetzt werden kann und daß in Städten mit unter 10,000 Einwohnern die zehnwöchentliche Arbeitszeit — einschließlich Pausen — beibehalten werden kann, aufgehoben werden. Sämtliche Redner waren dafür, daß diese Wünsche bei der in zwei Jahren stattfindenden Tarifrevision auf alle Fälle herabzusetzen werden müßten; ein neu zu schaffender Tarif dürfe aber

auf eine längere Dauer als drei Jahre nicht vereinbart werden.

Das Gehalt der Vorstandsbeamten und des ersten Redakteurs des Verbandsorgans wurde um je 300 M erhöht und ihnen jährlich je 14 Tage Urlaub gewährt.

**Die Generalversammlung des Verbandes der Graveure und Bismars** tagte in Leipzig vom 26. bis 28. Juni. Dem Kassenbericht entnehmen wir, daß der Verband eine Einnahme von M 22,670,45 und eine Ausgabe von M 14,163,84 hatte. Die Mitglieder erhalten nach dreijähriger Mitgliedschaft auf sechs Wochen Arbeitslosenunterstützung, und zwar Verheirathete M 12 und Unverheirathete M 9 pro Woche. — Eine Protest-Resolution gegen das geplante Zuchthausgesetz wurde einstimmig angenommen.

**Ein Delegirtenstag der katholischen Arbeitervereine** in der Erzdiözese Köln tagte am 25. Juni in M. Gladbach. In dem Jahresberichte wurde festgestellt, daß in der Diözese 128 Vereine mit 34,037 Mitgliedern bestehen. Der Generalsekretär Dr. Pieper hielt es, was auf die Mitglieder der Vereine kein besonders gutes Licht wirft, für nöthig, wiederholt auszusprechen, daß sich die Mitglieder in den Vereinen nicht bloß amüsiren, sondern auch einmal aus sich selbst heraus ernste, sozialpolitische Arbeit thun sollten. Es wurde dann mitgetheilt, daß für die Diözese ein Arbeiterssekretär angestellt worden sei, was von den Delegirten gutgeheißen wurde. Dann wurde über die Mittel zur Förderung der christlichen Gewerkschaften verhandelt. Es wurde hauptsächlich die Schulung der Arbeiter empfohlen. Auch der Streik wurde als letztes Mittel den Gewerkschaften empfohlen. Ein Redner trat einem Bericht über den Mainzer Kongreß entgegen, in dem behauptet wurde, der Referent habe gesagt, bei der Lohnfrage müsse darauf geachtet werden, daß der Unternehmergewinn nicht darunter leide. Diese Auffassung müsse der Arbeiter von sich weisen. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Durchführung der Arbeiterschutzes fordere. Zum Schluß wurde auch eine Resolution gegen die Zuchthausvorlage angenommen.

**Der Brünner Textilarbeiterstreik**, zu welchem die deutschen Gewerkschaften laut Beschluß des Frankfurter Gewerkschaftskongresses M 25,000 (pro Mitglied 5 M) steuerte, ist beendet. Der Friede ist geschlossen mit einem großen Erfolge der Arbeiterchaft, wenn auch die Forderungen nicht in vollem Umfange durchgesetzt wurden. Für einen großen Theil der Textilarbeiter Brünns, für mehr als 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen, und zwar für alle Weber, Appreteure, Färber und für einen großen Theil der Spinner, ist eine starke Annäherung an den Zehnjundentag erreicht. Die effektive Arbeitszeit ist wöchentlich von 62 1/2 Stunden auf 60 1/2 Stunden im Sommer und 60 Stunden im Winter herabgesetzt worden. Für jene ca. 1500 Arbeiter gewisser Spinnereien, die im Tagelohn stehen, konnte leider dieser Fortschritt augenblicklich nicht durchgesetzt werden. Sie erhalten für die Zeit, die sie länger arbeiten müssen, also für die Ueberzeit, eine Vergütung. Jedoch wird für die Spinnereiarbeiter, welche Nachtarbeit zu leisten haben, auf ihren Wunsch die Nachtschicht von Sonnabend Abend auf Sonntag Früh weggelassen, so daß ihre Arbeitszeit künftighin weniger als 54 Stunden wöchentlich betragen wird. Wesentlich ist auch, daß der Beginn der Arbeitszeit für alle Brünner Textilbetriebe auf 6 1/2 Uhr im Sommer, auf 7 Uhr im Winter hinausgeschoben wird. Der Erfolg des opfervollen Kampfes ist also eine wesentliche Annäherung an den Zehnjundentag. Selbstverständlich ist es, daß es keine Maßregelungen der Arbeiter gibt, und in den Worten „gegenseitiger Generalpardon“ wird zum Ausdruck gebracht, daß der Friede ein vollständiger und auch Rekrutationen gegen die Unternehmer vermieden bleiben sollen. Ebenso darf man hoffen, daß die noch in Polizeibehandlung stehenden Opfer des Streiks baldig auf freiem Fuß sein werden.

**Die Massenaussperrung in Dänemark.** In der am 7. Juli in Kopenhagen abgehaltenen Sitzung der Einigungskammer wurden die Verhandlungen zwischen den Delegirten der Arbeiter und denen der Arbeitgeber abgeschlossen, d. h. wenn überhaupt die Rede von „Verhandlungen“ sein kann, so lange als die Arbeitgeber nichts anderes zu thun versuchen, als den Arbeitern erniedrigende Sklavenbestimmungen aufzuzustrohren, welche von den Arbeitern nur mit einer absoluten Zurückweisung beantwortet werden können. Selbstverständlich wurde ein Resultat nicht erreicht, und die Zeit war nun gekommen, da die Einigungskammer versuchen sollte, ob ein solches erzielt werden könnte.

Als die Frage hierüber von seiten der Einigungskammer gestellt wurde, gedenken die Delegirten der Arbeitgeber eben daselbe rücksichtslos aufzutreten wie früher. Wie vielleicht erinnerlich, suchten die Arbeitgeber durch Bauernfängertrünne aller Art die Sache in die Länge zu ziehen, während diese vor dem Schiedsgericht verhandelt wurde. Sie begannen damit, die Kompetenz des Schiedsgerichts zu bestreiten. Da dieses trotz mehrerer wiederholter Versuche nicht gelingen konnte, verlangten sie schriftliche Prozedur mit der daraus folgenden hinauschiebung der Verhandlungen, und diese wurden dann in einem durchaus unvergleichlichen Grade in die Länge gezogen. Weiter verlangten sie den stenographischen Bericht reingeschrieben und gedruckt, ehe sie mit neuen Eingaben kommen wollten.

Der Einigungskammer gegenüber haben sie nun die gleiche Taktik befolgt, und ehe sie der Kammer erlauben wollten, eine Einigung zu versuchen, verlangten sie auch hier den stenographischen Bericht über die Verhandlungen reingeschrieben und gedruckt. Dieses währt selbstverständlich mehrere Tage, und die Arbeitgeber erreichten dadurch, was sie die ganze Zeit über geplant haben, nämlich die Aus-sperrung auch weiter aufrecht zu erhalten.

Von seiten der Arbeiter könnte diese Einigungskammer, welche nichts anderes gethan hat, als die Zeit hinauszuziehen, ohne ein Resultat zu erzielen, mit gutem Grunde gesprengt werden, und die Delegirten der Arbeiter protestirten denn auch energisch gegen dieses Possenspiel. Wir haben die Einigungskammer jedoch nicht sprengen wollen, weil wir auf keine Weise uns den Anschein geben wollen, als ob wir den Streit fortzusetzen wünschen, aber wir wollen es für immer festgestellt wissen, daß es die Arbeitgeber sind, welche unbedingt einzig und allein die Schuld sowohl an der Aus-sperrung als auch an ihrer Fortziehung tragen. Wir warten deshalb den Zeitpunkt ab, wo die Kammer bestimmen wird, ob sie die Einigung versuchen will. Aber wir erwarten

nicht das geringste Resultat hiervon. Die Stellung der Sache macht es deutlich und klar, daß die Arbeitgeber um jeden Preis die Ausperrung fortsetzen wollen, bis sie glauben, daß die Arbeiter so genügend ausgehungert sind, daß sie den Forderungen unter die Klauenbedingungen der Arbeitgeber beugen werden.

Wir hoffen jedoch, daß dieser Zeitpunkt niemals kommen wird. Die Ausperrung hat nun circa 7 Wochen gedauert, außerdem daß 4000 Tischler schon 10 Wochen lang auf die Straße geworfen worden sind, und in dieser ganzen Zeit haben die Ausgesperrten eine Ruhe und eine Würde bewahrt, welches uns selbst bei unseren erbittertesten Feinden Achtung und Respekt verschafft hat. Und trotz dem langwierigen und erbitterten Kampfe sind die Ausgesperrten guten Muthes und dazu bereit, noch ein gut Stück Zeit für ihre Menschenrechte zu kämpfen, bis es uns gelingen wird, über die Rücksichtslosigkeit und die Brutalität der Arbeitgeber zu siegen.

Die Einigungskammer hielt auch am 12. und 13. Juli Sitzungen ab, die Verhandlungen verliefen jedoch resultatlos. Das Einigungsamt hat sich deshalb am 15. Juli aufgelöst. Die Führer der dänischen Arbeiter haben sich nun nach dem Auslande, namentlich nach Deutschland gewandt, um Hilfe zu erhalten. Sie haben hier auch ein offenes Ohr gefunden, die Gelder sind schon reichlich geflossen, aber es sind große Summen nötig, all die Tausende mit ihren Familien zu unterstützen. Zur Zeit ist der Folkethingabgeordnete Sigvald Olsen auf einer Rundreise durch Deutschland begriffen, um die deutschen Gewerkschaften um schnelle und ausgiebige Hilfeleistung für die von dem Unternehmertum vergewaltigten Arbeiter zu ersuchen.

Die meisten der Zentralverbände haben bereits erhebliche Summen bewilligt, weitere Summen sind in Aussicht gestellt. Die deutsche Arbeiterklasse, die noch jederzeit eine offene Hand gehabt, wo es galt, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen, wird auch diesmal nach besten Kräften bestrebt sein, ihren dänischen Brüdern beizustehen, damit nicht der Hunger, der beste und gefährlichste Bundesgenosse der Unternehmener, die Arbeiter zur Unterwerfung unter den Terrorismus der Kapitalisten zwingt.

**Technisches.**

**Die Kernlampe.**

[Nachdruck verboten.]

Die Frage der Verbesserung der elektrischen Glühlampenbeleuchtung war seit langer Zeit Gegenstand eingehender Erörterungen. Die Erfindung des Glühlämpfens und dessen Verbesserungen bis zur Erzielung eines haltbaren Glühlämpfers, sowie die Erfindung mehrerer Gas-Selbstzönder haben dem elektrischen Lichte so erhebliche Konkurrenz gemacht, daß die verlockenden Aussichten einer guten Verbesserung dieser Beleuchtungsart viele Erfinder lange Zeit beschäftigt hat. Unter den Vervollkommnungen des elektrischen Lichtes hat besonders die Dauerbrandbogenlampe sich bald große Beliebtheit verschafft.

Nun ist es jetzt endlich, nachdem Männer wie De Bouse, Jablockhoff, Edison und Clerc sich vergeblich um die Lösung dieses Problems bemüht hatten, dem Professor Kernst in Göttingen gelungen, eine verbesserte Glühlampe für elektrische Beleuchtung zu konstruieren. Ueber den Werth und die Bedeutung dieser Erfindung sind in der Öffentlichkeit seit längerer Zeit so falsche Vorstellungen und Ansichten verbreitet, daß wir hier an der Hand der gelegentlich der ersten Demonstration mit der Kernlampe am 9. Mai ds. Js. in Berlin gemachten offiziellen Mittheilungen des Erfinders auf diese wichtige technische Angelegenheit zu sprechen kommen wollen. Edison hatte bekanntlich die elektrische Glühlampe in ihrer heutigen Form bis ins Kleinste durchgearbeitet, ohne seine Erfindungen patentantlich vollkommen zu schützen und den Lohn seiner Arbeit finden zu können. Während nun die Gewinnung der Elektrizität sehr billig ist, ist die Anlage immer sehr theuer, und nach ihren Kosten richten sich im Wesentlichen diejenigen für die Elektrizitätsabgabe. Von entscheidender Bedeutung ist die möglichste Ausnutzung des kostspieligen Leitungsnetzes durch möglichst hohe Spannung und zwar eine weit höhere, als die bisherige Glühlampe mit Kohlenfaden ausbilden würde. Dafür aber bedurfte es eines neuen Prinzips, welches nunmehr seine Verwirklichung gefunden hat.

Das Wesen der neuen Beleuchtung liegt nicht allein in der Ersparniß von ein paar Zentnern Kohlen, sondern es handelt sich um weitergehende Aufgaben, nämlich die Ausnutzung der Leitungsnetze und Zentralen und die Schaffung eines billigen Lichtes für den bürgerlichen Haushalt.

Das elektrische Licht wird mit Erfindung der elektrolytischen Leuchtörper nicht länger als Vorrecht oder Begünstigung seinen Triumpzug auf Paläste und vornehme Häuser beschränken; die neue Lampe wird jetzt vielmehr in die Hütten und Werkstätten Minderbemittelter eindringen und den Wettbewerb mit untergeordneten Beleuchtungsmitteln auch in ökonomischer Hinsicht erfolgreich bestehen.

Im Jahre 1877 ließ sich Jablockhoff eine elektrische Lampe patentiren, bei der Plättchen aus Kohlen und ähnlichen Substanzen durch die Funken einer Induktionsrolle erhitzt und hierauf durch den Strom der Rolle im Glühen erhalten werden. Theils wegen ihres schlechten Nuzeffektes, vor Allem aber wohl wegen der mannigfachen Gefahren und Mißstände, die Spannungen von vielen tausend Volt mit sich bringen, ist diese Lampe nie in Gebrauch gekommen und deshalb fast völlig vergessen.

Ohne von dem erwähnten Patent Kenntniß zu haben, wurde Professor Kernst durch rein theoretische Erwägungen zu dem Schlusse geführt, daß mit Kohle oder anderen metallischen Leitern als Glühlörper elektrische Glühlampen von gutem Nuzeffekt nicht herzustellen sind, daß sie aber mit Leitern zweiter Klasse — elektrolytischen Leitern — prinzipiell möglich sein müssen. Es ist ja bekannt, daß jede Lichtquelle neben Lichtstrahlen auch Wärmestrahlen ausstrahlt, welche letzteren jedoch zum eigentlichen Zweck der Lampe nicht nur nicht beitragen, sondern obendrein nutzlos Energie verzehren — beim gewöhnlichen Glühlichte ja 97 Proz., beim Bogenlicht ja 90 Proz. der hineingesteckten Energie —; je höher man die Temperatur der lichtpendenden Substanz steigern kann, um so günstiger wird das Verhältniß von Licht zur Wärme, und der bessere Lichteffekt einer Bogenlampe beruht lediglich

darauf, daß man ihre Kohlenstifte durch den Lichtbogen auf weit höhere Temperaturen bringt, als es der Faden einer Glühlampe auf die Dauer verträgt. Da man nun aber aus praktischen Rücksichten die Temperaturen der bisherigen elektrischen Lampen kaum wird erheblich steigern können, so ist auch auf eine erhebliche Vermehrung des Lichteffektes wenig Aussicht vorhanden.

Sehr viel weiter würde man natürlich kommen, wenn man als Glühlörper Substanzen verwenden könnte, die wenig Wärmestrahlen verbrauchen, bei denen also die hineingesteckte elektrische Energie möglichst vollständig als Licht erscheint. Daß unter den metallisch leitenden Materialien, gleichgiltig, ob es sich um eine reine metallische Substanz oder um Gemische von metallisch leitenden Substanzen mit seltenen Erden oder dergleichen handelt, solche Substanzen nicht zu finden sein werden, schien Prof. Kernst aus folgender Ueberlegung mit Sicherheit hervorzugehen: Alle undurchsichtigen Stoffe müssen nach einem von Kirchhoff entdeckten und völlig sicherem Naturgesetz viel mehr Wärmestrahlen als Lichtstrahlen ausstrahlen, indem sie das sogenannte normale Spektrum eines schwarzen Körpers liefern; nach der ebenso vortreflich begründeten elektromagnetischen Lichttheorie müssen andererseits die metallisch leitenden Stoffe undurchsichtig sein. Daraus folgt also, daß sehr ökonomische Lampen — außer, wenn man mit den Temperaturen der Bogenlampen oder noch höheren rechnen kann — mit metallischen Leitern nicht herzustellen sind.

Es genügt nun zwar, das Auer'sche Gewebe in die Gasflamme zu bringen, um es auf hohe Temperatur und damit zum hellen Leuchten zu bringen, es bleibt aber die Frage bestehen, wie die elektrische Erhitzung von Magnesia und ähnlichen Oxyden möglich ist. Von Funkenbildung abgesehen, vermag selbst hochgepannte Elektrizität solche Substanzen wegen ihrer hohen Isolirfähigkeit nicht zu durchdringen und zu erwärmen; die Benutzung der Funken von großer Spannung, um Streifen von feuerfesten Körpern zur Weißglühigkeit zu bringen, wie der Patentanspruch von Jablockhoff lautete, ist für die Praxis fast aussichtslos. Bekannt ist zwar, daß im geschmolzenen Zustande Oxyde und andere Elektrolyte sehr gut leiten, aber es ist ebenfalls aussichtslos, mit geschmolzenen Glühlörpern zu operiren. Die von van Hoff vor einigen Jahren entwickelte Auffassung der festen Lösungen ließ aber wenigstens die Existenz fester Elektrolyte von praktischer genügender Leitfähigkeit ahnen, und durch Vorversuche konstatirte Prof. Kernst alsbald, daß Gemische von Oxyden, z. B. von Magnesia und Porzellan bei hohen Temperaturen überraschende Leiter werden.

Gegenüber der Kohle haben die feuerfesten Körper der Kernlampe den Vortheil, daß sie vom Sauerstoff der Atmosphäre nicht angegriffen werden. Ein solcher Leuchtörper braucht also nicht in einem luftleeren Raum eingeschlossen zu werden. Das Licht, das diese Körper ausstrahlen, ist der Farbe nach dem Tageslicht sehr ähnlich. Es hat zwar nicht die warmen gelben Farbentöne des Glühlights, ist dafür aber ebenso frei von dem Violett der Bogenlampe, wie von dem Grün der Auerlampe. Dem Kohlenbündel der Glühlampe gegenüber haben die neuen Leuchtörper den Nachtheil, daß sie bei gewöhnlicher Temperatur nicht leiten und daß eine Erwärmung bis auf etwa 700 Grad Celsius notwendig ist, um sie genügend leitend zu machen.

In der Praxis geschieht die Erwärmung des Kernst'schen Leuchtörpers in einfacher Weise mit einem brennenden Streichholz; ist er zum Schutz gegen Bruch mit einer Glasglocke umgeben, so wird er durch eine Oeffnung mit einem Spirituszünder erhitzt. Solche Lampen lassen sich leicht in der üblichen Glühlampenform herstellen und sind billig. Können die Lampen nicht so bequem angebracht werden, daß das Anzünden von außen möglich ist, so kommen die Lampen mit selbstthätiger Zündung in Betracht. Die selbstthätige Umrungung des Stiffes geschieht dadurch, daß der elektrische Strom einen feinen Platindrath, der, auf ein Porzellanröhren gewickelt, dicht bei dem Leuchtörper angebracht ist, in's Glühen bringt und dadurch den Leuchtkörper erhitzt, bis er leitet. Mit dem Leuchtkörper ist ein Elektromagnet in Serie geschaltet, der, sobald er durch den Strom des Leuchtörpers magnetisirt wird, durch Anziehen eines Ankers den Stromkreis des Heizkörpers öffnet. Der ganze Mechanismus ist so einfach, daß er im Lampensockel selbst untergebracht werden konnte und daß ein Verlagern unwahrscheinlich ist. Selbstverständlich ist der Anschaffungspreis einer Lampe mit Selbstzündung höher. Die Mehrkosten werden durch den selbstthätigen, elektromagnetischen Auslöser und durch den Heizkörper verursacht. Für jenen ist die gleiche Gebrauchsdauer anzunehmen, wie für eine Lampenfassung. Abnutzung findet nicht statt. Für den Heizkörper dagegen kann man eine gleiche Gebrauchsdauer nicht garantiren, aber er hat, auch nachdem er unbrauchbar geworden ist, noch etwa 1/2 seines ursprünglichen Werthes. Wahrscheinlich wird der Platindrath voraussichtlich bald durch ein billigeres Material ersetzt werden können, das denselben Dienst leistet. Im Uebrigen sind die Herstellungskosten der Erfindung, nämlich des Heiz- und Leuchtörpers gering, so daß der Ertrag der Lampenbrennstunde für den Konsumenten voraussichtlich nicht höher sein wird, als es der Glühlampenertrag in der gleichen Zeit wäre.

Die Lebensdauer der Leuchtörper hängt von der Stromzufuhr ab, wenn auch nicht im gleichen Maße, wie bei den Glühlampen. Wenn die Spannungsschwankungen das normale Maß nicht überschreiten, kann schon jetzt auf eine Lebensdauer von 300 Stunden gerechnet werden. Begrenzt wird die Lebensdauer des Glühlörpers in der Regel durch eine allmählich eintretende molekulare Veränderung seines Stoffes. Damit ist stets eine Verminderung der mechanischen Festigkeit und häufig auch eine Widerstandserhöhung verbunden, die ein Herabfallen der Leuchtkraft zur Folge hat.

Der Energieverbrauch für die Kernlampe ist zur Zeit auf 1 1/2 bis 1 3/4 Watt per Kerze festgesetzt worden; dagegen verbraucht die gewöhnliche Glühlampe ja 25 Watt. Die Kernlampe wird zunächst für 25 Kerzen, 50 Kerzen und 100 Kerzen für Spannungen von 110 und 220 Volt hergestellt werden. Es sind aber auch Versuche im Gange, Lampen von solcher Größe herzustellen, daß sie nicht nur die Wechselstrombogenlampen, sondern auch die kleineren Typen der Gleichstrombogenlampen, Janduslampen usw., mit Erfolg ersetzen können. Als Sockel können bei Lampen mit selbstthätiger Zündung wegen der Schwierigkeit

den Auslöser einzupassen, einstweilen nur Gewinde — (Sockel) und Bajonett — (Svan) Sockel verwendet werden, für die Lampen ohne selbstthätigen Auslöser (Anzündlampen) werden aber voraussichtlich die meisten der markt-gängigen Sockel bis auf Weiteres beibehalten werden.

Die Kernlampe dürfte die Glühlampe in absehbarer Zeit nicht verdrängen, wenn sie auch auf die weitere Steigerung des Verbrauchs an Glühlampen wie an Bogenlampen nicht ganz ohne Einfluß sein wird.

Wie sich die neue Lampe in der Praxis bewähren und ob sie im tagtäglichen Gebrauch nicht noch Mängel aufweisen wird, die bisher bei der sachverständigen Behandlung noch nicht in die Erscheinung getreten sind, darüber läßt sich natürlich erst nach längerer Benutzung der Kernlampe ein begründetes Urtheil fällen.

**Aluminium billiger als Kupfer.** Wenn auch Aluminium nicht in allen Fällen als Ersatz für Kupfer und Messing dienen kann, weil dem einzelnen physikalische Eigenschaften und die geringere Härte des Aluminiums sowie der Umstand entgegenstehen, daß sich Aluminium nur umständlich und nicht zuverlässig löthen läßt, so bleiben jedoch noch genügend Verwendungszwecke übrig, bei denen Aluminium sehr vortheilhaften Ersatz für Kupfer und Messing bietet, so daß es sich lohnen dürfte, diesem Metall bei dem derzeitigen hohen Preisstande für Kupfer und Messing ganz besondere Beachtung zu schenken.

Bei einem Vergleich der Preise für 1 Mm. starkes Blech aus verschiedenen Metallen ergibt sich Folgendes:

- 1 Dum. Kupferblech wiegt 8,9 Kg. und kostet heute M 17,85 bei M 1,95 per Kg.;
- 1 Dum. Messingblech wiegt 8,6 Kg. und kostet heute M 13,80 bei M 1,55 per Kg.;
- 1 Dum. Aluminiumblech wiegt 2,700 Kg. und kostet heute M 8,10 bei M 3,09 per Kg.

Hieraus erhellt, daß sich Aluminium heute um ca. 114 Prozent billiger als Kupferblech und ja. 65 Prozent billiger als Messingblech stellt. Analog verhält es sich mit den Preisen für Drähte, Stangen, Röhren etc. Aluminium ist bekanntlich ein sehr geschmeidiges und zähes Metall, es läßt sich daher sehr gut stanzen, drücken, treiben, prägen und punzen; es empfiehlt sich dadurch besonders für solche Artikel und Gegenstände, die aus einem Stück hergestellt werden. Aluminium läßt sich silberweiß beizen, hochglanz poliren und graviren; an Widerstandsfähigkeit übertrifft es im Allgemeinen alle anderen unedlen Metalle, denn es ist gegen trockene und feuchte Luft, Wasser, Kohlensäure, Schwefelwasserstoff und viele organische Säuren nahezu unempfindlich. Von Salpeter und verdünnter Schwefelsäure wird Aluminium langsam angegriffen, von Salzsäure und alkalischen Flüssigkeiten (Lauge) aufgelöst. Aluminium bildet keinen Roß, Grünspan oder andere giftigen chemischen Verbindungen.

In der Metallindustrie wird man Aluminium, welches 3/5mal leichter ist als das Kupfer und Messing, stets da mit Vortheil als Ersatz für diese und andere Metalle anwenden, wo es auf große Leichtigkeit ankommt, wenn es sich um Widerstandsfähigkeit gegen Oxydation handelt, wo es sich um Vermeidung von Roß und Grünspanbildung oder andere der menschlichen Gesundheit schädliche, giftige chemische Verbindungen handelt, und wo der Preis ausschlaggebend ist.

**Litterarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Dieck' Verlag) ist soeben das 42. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Schuld der Bourgeoisie — Eine Verkürzung des neunzehnten Jahrhunderts. Von Enrico Ferri. — Der Ursprung der Idee des Gerechten und Ungerechten von Paul Lafargue. (Schluß). — Noch einmal „meine“ neue Kritik. Von Arno Holz. — Zur Alkoholfrage. Von Max May. — Revue der Revuen. — Notizen: Bernstein und der Zürich-Londoner „Sozialdemokrat“. — Litterarische Rundschau. — Feuilleton: An der Schwelle des neuen Jahrhunderts. Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedrich Krauer. (Fortsetzung.)

**Briefkasten.**

**Hendt.** Der Aufruf wäre in der „Met.-Ztg.“ zwecklos, da er darin von den Indifferenten nicht gelesen wird.

**Verbands-Anzeigen.**

**Mitglieder-Versammlungen.**

- Lachen.** Samstag, 22. Juli, bei Schilling, Bergstr. 25 Kassenbericht.
- Altenburg.** Sonnabend, 22. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Lidoll“. Vortrag über: Ein Rückblick auf die kulturellen und sozialökonomischen Fortschritte und Ereignisse dieses Jahrhunderts. Referent: Herr Laube-Leipzig.
- Barmen.** Samstag, 22. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Hühn, Fischerthalerstr. 19. Vortrag des Koll. Honorath-Kall über die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften.
- Berlin.** Vertrauensmännerkonferenzen: Sonnabend, 29. Juli, Abends halb 9 Uhr, für den Osten bei Wiedemann, Friedenstraße 67; für Charlottenburg bei Pasche, Potsdamerstraße 44.
- Berlin.** Dienstag, 25. Juli, Bezirksversammlung für den Osten. Referent: Wilh. Pögel. — Mittwoch, den 28. Juli bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75, Versammlung der Mechaniker und Uhrmacher.
- Bernburg.** Sonnabend, 22. Juli, Abends 8 Uhr, Steinstraße 4.
- Bitterfeld.** Am Samstag, den 29. Juli.
- Häfeldorf.** (Sektion der Feilenhauer.) Unsere Versammlungen finden jeden letzten Sonntag im Monat statt.
- Halsburg.** (Alle Sektionen.) Sonnabend, 24. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Hof von Holland“.
- Frankfurt a. M.** Samstag, 22. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Erlanger Hof“. Geschäftliches. Vortrag des Kollegen Raffasch über die Religion und ihre Entstehung. Wahl eines 1. Bevollmächtigten und eines 1. Kassierers.

**Frankfurt a. O.** Sonnabend, 29. Juli, im „Vorwärts“.

**Freiburg i. Br.** (Allg.) Samstag, 22. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Schwante.

**Siebel.** Montag, 24. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Felsenfels“, Sonnenstr. Vortrag.

**Sulzbach-Postheim.** Samstag, 22. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der „Rose“ zu Postheim. Die erzieherische Wirkung der Organisation für das Proletariat. Referent: Herr Grafweg. — Sonntag, 23. Juli, Nachmittags 2 Uhr Agitationstour nach Bischofsheim. Zusammenkunft mit den Weisenauer Kollegen bei Wirth Wehler in Bischofsheim. In Bischofsheim Zusammenkunft mit den dortigen Kollegen bei Schilling, Lammstrasse.

**Südingen.** Dienstag, den 1. August, bei Gastwirth Ch. Schünemann. Abrechnung vom 2. Quartal.

**Hannover.** (Sektion der Klempner.) Unsere Versammlungen finden von jetzt ab jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, Abends halb 9 Uhr, bei Straßner statt.

**Hannover.** (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 29. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Fiene, Rademacherstr. 1.

**Harburg.** Sonnabend, 29. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Lokale von Büßinghoff.

**Höchst a. M.** Mittwoch, 26. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Vogel-Rock“, Humboldtstr. 1.

**Jena.** (Allgem.) Sonnabend, 29. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der „Grünen Lanne“.

**Kaiserslautern.** (Allg.) Samstag, 29. Juli, in den „Drei Mühlen“, Stadtweierstr. 1.

**Karlsruhe.** (Allgem.) Samstag, 22. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Kalnbach, Kaiserstraße 13. Vortrag. Lokalwechsel.

**Karlsruhe.** (Sektion der Bauhofsler.) Samstag, 29. Juli, in der „Fortuna“. Vortrag über Hypnotismus.

**Karlsruhe.** (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 22. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der „Eiche“.

**Karlsruhe-Mühlburg.** Samstag, 22. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der früheren Brauerei Diefenbacher.

**Kalk.** Am 22. Juli.

**Kiel.** (Sektion der Klempner.) Dienstag, den 25. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei A. Ahrens, alte Reihe 8.

**Kottbus.** Sonnabend, 22. Juli, Abends 8 Uhr, bei Piesl, Schloßstrasse 12. Wahl eines Reviseurs. Wahl eines Vertrauensmannes für die Formerei der Kottbuser Maschinenfabrik, A.-G. Ausflug.

**Kammerpiel.** Sonntag, 23. Juli, bei Schreiber. Vortrag des Kollegen Ernst Watterteig über die Arbeitslosenunterstützung.

**Köln.** Sonnabend, 22. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Verkehrslokal, Göttingerstraße 60.

**Koblenz.** Samstag, 22. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Schwanen“. Vortrag. Revision der Mitgliedsbücher.

**Mundenheim.** Jeden letzten Samstag im Monat.

**Nennmühlen.** Am 29. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Först in Wellingdorf.

**Offenburg.** Samstag, 29. Juli, Abends 8 Uhr, im „Schützen“.

**Peine.** Sonnabend, 22. Juli.

**Pforzheim.** Samstag, 22. Juli, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Löwen“. Abrechnung vom 2. Quartal. Wahl von 2 Unterkassierern. Wahl eines Delegierten zum Kartell. Kartellbericht.

**Rastatt.** Samstag, 22. Juli, in der „Fortuna“.

**Rheidi.** Sonntag, 23. Juli, Vormittags 11 Uhr, bei F. Eud. Grünstraße. Wahl eines Kassiers. — Von da ab alle 14 Tage.

**Rotha.** Sonnabend, 29. Juli, in der Wärmehalle.

**Striegau.** Jeden 1. Sonnabend nach dem 15. eines jeden Monats in der Brauerei „Hierquelle“, Gräben.

**Trieren.** Sonntag, 23. Juli, Vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal, H. Bruchstr. Vortrag.

**Weimar.** Sonnabend, 29. Juli.

**Wittenberg.** Sonntag, 30. Juli, Ausflug nach Zeitz, baselbst Stiftungsfest der dortigen Zählstelle. Näheres in der „Vollzeitung“.

**Wernburg.** Sonntag, den 30. Juli, Abends 7 Uhr. Stiftungsfest im „Thüringer Hof“.

**Wiesfeld.** Der Schleifer Gustav Lätzter ist unter Mitnahme eines ihm nicht gehörigen Buches auf den Namen des Schleifers Theodor Heinzel, geb. 25. Mai 1871 zu Wiesfeld, eingetreten 16. Mai 1895 zu Wiesfeld, Haupt-Str. 141576, abgereist. Es wird vermutet, daß sich derselbe auf das ihm nicht gehörige Buch Heisenauerzeitung erschwindelt und werden daher die Ortsverwaltungen ersucht, event. das Buch mit Beschlagnahme zu belegen und an Unterzeichneten einzuwenden.

**Dr. Bunte, Humberstraße 48.**

**Chemnitz.** Wie uns berichtet wird, soll der Schlossergehelle Johann Emil Fiedel, geb. am 13. September 1863 zu Elbing, wenn er bei Verhandlungsmitteln vorprüft, angeben, sein Verbandsbuch sei ihm verloren gegangen, und er solle von Chemnitz Bescheid erhalten über den Verbleib dieses Buches. Darauf habe ich zu erklären, daß ein Mitglied gleichen Namens nicht in Chemnitz angemeldet war, auch nicht hier gewesen ist, um zu melden, daß sein Buch verloren sei.

**Hortmann.** (Allgem.) Verkehrslokal und Reisegehaltzahlung bei Regel, Mühlentstraße 1. Die Herberge ist bei Wilms, Hornstraße.

**Preußen a. Jung.** Wir erlauben alle Mitglieder, beim Wohnungswechsel ihre Adresse sofort dem Zeitungsboten oder dem Bevollmächtigten J. Hoffmann, Bettendorferstraße 39/41, mitzutheilen, damit keine Verzögerung eintritt. Die Mitglieder, welche ihre Zeitung mit der Post erhalten, wollen jetzt darauf achten, daß sie mindestens alle 4 Wochen die Beiträge einschicken. Weiter mache ich alle Feilenhauer darauf aufmerksam, daß sich der Arbeitsnachweis von jetzt ab in meinen Händen befindet und ersuche ich sie, ihren Verpflichtungen nach dem Reglement wie dem Verband gegenüber pünktlich nachzukommen. Alle Zuschriften von Auswärts bitte an mich zu richten.

**Bettendorf.** (Allg.) Sonntag, 13. August, Ausflug nach Prammendorf bei Siegel. Basellort im Lokale des Herrn Johann Pöschgen Preisbegünstigen, Preisregeln, Souvert und

Tanz, Frauen- und Kinderbelustigungen. Abfahrt vom Hauptbahnhof 2 Uhr 45 Min. Der Rückflug findet bei jeder Witterung statt. Preis 20 J. Damen und Kinder frei.

**Freiburg i. Br.** Die Adresse des Kassiers ist jetzt: Fröh Gauer, Mechaniker, Moltestraße 25, 4. St. Sämtliche Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle abzuliefern.

**Gelsenkirchen-Schalke.** Bevollmächtigter: A. Kerfering, Schalke, Herzogstraße 6; Kassierer: W. Brückow, Gelsenkirchen, Friedriehstraße 61.

**Jena.** Sonntag, 30. Juli, Ausflug nach Kloster Bauhüs. Zusammenkunft mit den Eisenberger Kollegen.

**Karlsruhe.** (Sektion der Bauhofsler.) Sonntag, den 13. August, Ausflug nach Pforzheim. Abfahrt Früh 6 Uhr 45 Min. Retourfahrt Abends 8 Uhr 41 Min. Liste zum Einzeichnen beim Bevollmächtigten.

**Leipzig i. S.** Der Former Arthur Richter aus Leisnig i. S., Buch-Nr. 267658, wird gebeten, seine Adresse umgehend an den hiesigen Bevollmächtigten Richard Lohje, Chemnitzstraße 45, zu senden.

**Leipzig.** Die durchreisenden Kollegen erhalten ein Lokalgeheim von 50 J in der Herberge, Göttingerstraße 60.

**Magdeburg.** Programme zu dem am 22. Juli im Luisenpark stattfindenden Sommerfeste sind bei allen Bezirksführern und Zeitungskolporteurs zu haben. An der Kasse werden Programme am Festabend nicht verkauft.

**Nennmühlen.** Am 6. August Bestätigung der Schenkungen in Holtzman. Näheres in der Versammlung.

**Nürnberg.** (Allg.) Unser Bureau befindet sich Dörrersgasse 16/11, woselbst das Reisegehalt angewiesen wird. Bureaustunden: Früh 9-1, Nachm. 3-7 Uhr, Sonntags Früh 8-9 Uhr.

**Reinsheld.** Samstag, 29. Juli, Abends 9 Uhr, bei Rud. Platte (früher Mälzer), Elberfelderstraße Familienabend nebst geschlossenem Kränzchen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Freunde können durch Mitglieder eingeführt werden. Zur Deckung der Kosten zahlt jedes Mitglied 50 J, etwaiger Ueberschuß ist zur Unterstützung eines verunglückten Kollegen bestimmt.

**Waldenburg i. S.** (Allstadt). Anmeldungen und Aufnahmen zum Deutschen Metallarbeiter-Verband nimmt entgegen: Kollege Otto Golubski, bei Anton Schmidt, Wochentags von 12-1 Uhr Mittags und 7-8 Uhr Abends, Sonntags von Früh 8 bis Nachmittags 4 Uhr.

**Zittau.** Sonnabend, 24. Juli, Abends halb 9 Uhr, Bahlabend.

**Gestorben.**

In München am 10. Juli der Feilenhauer Simon Eutz im Alter von 34 Jahren an Tuberkulose. — In Mülhausen i. E. am 11. Juli Josef Weyl, 38 Jahre alt, an der Proletarierkrankheit.

**Öffentliche Versammlungen.**

**Barmen.** Sonntag, 23. Juli, Vormittags halb 11 Uhr, im Hotel Hegelich, Alleestraße, öffentliche Versammlung. Vortrag des Kollegen Honrath-Stalk: Was bietet uns der Deutsche Metallarbeiter-Verband?

**Döbeln i. S.** Sonnabend, 29. Juli, Abends halb 9 Uhr öffentliche Gewerkschafts-Versammlung in der „Mühlenterrasse“. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell.

**Karlsruhe.** Donnerstag, 20. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der Restauration Kalnbach, Kaiserstraße öffentliche Schmiedeverammlung. Die Mitglieder im hiesigen Schmiedehandwerk. Referent: Kollege Kleemann.

**Wiedorf.** Dienstag, den 25. Juli, im „Apollotheater“ öffentliche Versammlung. Stellungnahme zu den Gewerbegeichtswahlen und Aufstellung von Kandidaten. Referent: K. Köpfen.

**Zentral-Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter Deutschlands, Stuttgart, Adlarstraße 160,1.**

Bei Gesuchen um Zuweisung von Arbeit ist **Nor- und Name, Geburtsort, Alter und Familienstand** (ob ledig oder verheiratet), sowie die Art der bisherigen als auch der gewünschten Arbeit anzugeben.

**Gesucht:** für eine bedeutende Feilenfabrik im Elsaß per sofort bei hohem Tagelohn zwei tüchtige Feilenharter für größere Feilen. Beständige Arbeit garantiert. Nur allerechte Kräfte.

Für Norddeutschland: Zwei Feilenhauer auf grobe Arbeit, zwei Feilenhauer, die auch schleifen können.

Für den Arbeitsnachweis Gölln-Weizen: ein Feilenharter auf sofort. Adr. Mart. Koif, Gölln a. E., Großenhainerstraße 25/1.

**Privat-Anzeigen.**

Megen Krankheit wird ein **Krebsamer ver-nünftiger Feilenhauer gesucht, der selbstständig arbeitet und später das Geschäft event. übernehmen kann.** Nur im Fall erfahrener Leute wollen sich melden bei

**J. J. Eugels, Feilenhauerstr. 108]**  
Lübeck, Alsterstraße 35, 1. St.

**Klempnerei.**

Die in Rötchenbroda seit 21 Jahren bestehende, flott gehende Klempnerei Weipnerstraße 48b, für Bau-, Wasser- und Klempnereien, verbunden mit größerem Ladengeschäft ist sofort Familienverhältnisse halber billig gegen Kasse zu verkaufen.

**Tüchtige Metalldrücker auf Silberwaren** finden bei hohem Lohn dauernde Stellung. Offerten mit Zeugnissen an

**Martin Mayer, Mainz.**

Beabsichtige meine in industriereicher Stadt Sachsen-Altenburgs gelegene

**Feilenhauerei**

mit guter Kundschaft zu verkaufen und werden Restanten eingerichtet. [107]

Offerten bef. u. A. B. 100 die Expedition d. Bl.

**Härtezange für Feilen,**

mit welcher man Feilen tabellos gerade, auch wenn sie so dünn wie ein Sägeblatt sind, bequem härten kann, offerirt à Stück Mk. 4.50 franko per Nachnahme. [48]

**Aue bei Schmalkalden. Gust. Volk.**

**Zum Schutz der Organisation**

gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die

**Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.**

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anständiger Lohn bezahlt; bei einer evtl. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen.

An Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter-Konsumvereine evtl. direkter Versandt zu Engros-Preisen. Vertreter erhalten Provision. [3]

**Kollegen allerorts!** Ich empfehle meine eigenen Fabrikate in **Zigarren** vorzüglicher Qualitäten. Verleude schon Kistchen mit 100 Stück von 2,70 Mk. an. Jeder Käufer kann brieflich bestellen und kann ihm das Gemünschte geboten werden. Händler können durch meine Zigarren sich Kundschaft heranziehen. Reelle Bedienung. Bitte die Kollegen bei Bedarf mich zu berücksichtigen.

**Robert Schreiber, Riesa a. E., Wilhelmstraße 4.**

**Arbeits-Anzüge**

für

**Maschinisten, Heizer, Schlosser u.**

echtfarbig, dauerhaft, praktisch.

Pilot I	6,50	bl. Leinen	4,50
" II	5,85	" Hausleinen	4,-
" III	5,50	" Hausstud I	3,50
" IIII	4,75	" Hausstud II	3,20

Hosen in Moleskin drapp, schwarz, bedruckt  
2,25, 2,70, 3,20, 3,80, 4,50, 5,00, 5,75, 6,50  
empfehl die **Reiderfabrik** von

**R. Postelt & Co., Seilhemmersdorf i. S.**

Bei Bestellungen von Jacken bitten die **Oberweite**, bei Hosen **Leiten- und Schrittlänge** anzugeben. Bei Bezug von 10 Mk an franko gegen Nachnahme. Muster franko, Wiederverkaufern Rabatt. [105]

**Achtung: Former und Berufsgenossen!**

Empfehle mich zur Lieferung meiner allseitig beliebten, aus bestem Material hergestellten und höchst sauber hergestellten Fabrikate in

**Formerwerkzeugen, Formergürteln u. s. w.**

Zufendung meines neuesten Musterbuches nebst Preisliste erfolgt franko. [76]

**L. Sächs. Formerwerkzeugfabrik H. Schneider**

**Leipzig-Lindenau, Quackstr. 13.**

Die vom 1. Juli ab monatlich 2 mal erscheinende

**Metallotechnische Rundschau**

Gemeinverständliches Fachblatt für sämtliche Branchen der Metallindustrie

widmet sich der Verbreitung und Weiterbildung der Kenntnisse aller in der Metallindustrie thätigen Arbeiter und Handwerker und ist das billigste aller einschlägigen Fachblätter. Abonnementpreis beträgt nur 95 Pf. pro Vierteljahr.

Man abonniert am besten bei der Post (Postzeitungsliste Nr. 4825 a) oder den Agenten.

Probennummern und nähere Auskunft erhältlich durch die Geschäftsstelle der Metallotechnischen Rundschau: [106] Stuttgart, Metzstr. 53.

**Fachschriften u. Lehrbücher**

für Handwerker u. Gewerbetreibende. [11]

Kataloge gratis u. franko

**J. G. SASSEN BACH, Bücher-Versand, BERLIN**

**Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.**

(Auch Lomrenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reise-Notizen. 1 Eisenbahn- u. 2 Straßenarten. Gebd. Mk. 1,50: Durch alle Buchhandl., Kolp. u. J. Scherm, Nürnberg.